



0001230263

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
Abteilung Pressedokumentation

HESSEN - KURIER

19. NOV. 1994

# Hessen braucht eine bessere Regierung

Regierungsprogramm  
der **CDU** Hessen  
zur Landtagswahl 1995



verabschiedet vom 84. Landesparteitag  
der CDU Hessen in Wetzlar

19. 11. 1994

## 1. Kurswechsel in Hessen

Hessen muß seine Chancen wieder nutzen können. Hessen braucht wieder eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern Bewegungs- und Entfaltungsräume schafft, die staatliche Einflüsse zurücknimmt, positive Entwicklungen fördert und so die Rahmenbedingungen für einen neuen Aufschwung schafft. Hessen braucht wieder Zuversicht und Optimismus.

Vier Jahre Rot-Grün in Hessen waren vier verlorene Jahre für unser Land. Hessen hat dennoch immer noch ausgezeichnete Voraussetzungen: seine attraktive geographische Lage im Herzen Europas, das im internationalen Vergleich gute Ausbildungsniveau, sozialer Frieden durch hohe soziale Standards, kreative Köpfe und leistungsstarke Unternehmen. Die rot-grüne Politik der Zukunftsangst und der Technikfeindlichkeit hat abgewirtschaftet. Vielen Bürgerinnen und Bürgern wird die Amtszeit der Regierung Eichel nur als Zeit der Skandale und Affären in Erinnerung bleiben. Ideologie statt Realitätssinn, Skandale statt Solidität und Sprunghaftigkeit statt Berechenbarkeit waren die Kennzeichen der Regierungszeit Eichel. Noch nie zuvor waren in unserem Bundesland so viele Menschen ohne Arbeit, die Kriminalitätsziffern in solchen Höhen oder das Gewalt- und Drogenproblem so massiv an den hessischen Schulen wie in den letzten Jahren. Mit einer Politik des Abbaus der Industriegesellschaft, des Ausstiegs aus der Kernenergie, der Blockade der Biotechnologie und der Verweigerung des dringend benötigten Straßenbaus ist die Zukunft nicht zu gewinnen. Rot-Grün in Hessen hat bis heute den Asylkompromiß nicht akzeptiert und ebenso gegenüber dem drängenden Problem des Extremismus wie gegenüber den Problemen der Inneren Sicherheit kraß versagt. Rot-Grün in Hessen: Das ist das Abspulen eines alten Programms aus den achtziger Jahren, das schon damals nicht erfolgreich war und heute an den Herausfor-

derungen unserer Zeit vorbeigeht. Als logische Folge rot-grüner Programmatik steht die Zukunftsfähigkeit Hessens auf dem Spiel. Hessen braucht einen Kurswechsel, um auf einen guten Weg zurückzukommen und um die Chancen, die unser Land hat, auch wieder nutzen zu können.

Der Kurswechsel beginnt mit der Art und Weise, wie politische Arbeit geleistet wird: Der Ministerpräsident muß führen wollen und führen können. Die Regierungsparteien müssen geschlossen und ohne innere Vorbehalte bereit sein, gemeinsame Ziele entschlossen zu verfolgen. Persönliche Integrität und Achtung der Parteibuchwirtschaft müssen Maßstab persönlicher Entscheidungen sein.

Nur so wird unser Land wieder Kurs auf die Spitzenposition unter den Bundesländern nehmen. Seit Jahrzehnten genießt die CDU in Hessen das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Bürger, wenn es um die Fragen des wirtschaftlichen Wachstums, der inneren Sicherheit und der Schulausbildung geht. Genau diese Fragen werden im Mittelpunkt des Kurswechsels in Hessen stehen.

Hessen ist keine einsame Insel und eine Landesregierung nicht allmächtig. Aber wir versprechen kraftvolle Schritte, die den Kurswechsel bewirken werden. Diese Versprechen können und wollen wir einhalten. Darüber hinaus will die hessische CDU alle ihre Kräfte nützen, um notwendige bundes- und europapolitische Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Chancen Hessens herbeizuführen. Das vorliegende Programm beschränkt sich ganz bewußt auf solche Punkte, die im Zuständigkeitsbereich der hessischen Landesregierung abzuarbeiten sind und deren Finanzierung gewährleistet ist. Damit bieten wir den

Bürgern einen verlässlichen Kompaß für den schwierigen, aber erfolgversprechenden Weg Hessens an.

## 2. Vorrang für Arbeitsplätze und Wachstum

Neue, moderne und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen nur in einer florierenden Wirtschaft. Wir werden konsequent Hemmnisse aus dem Weg räumen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit in Hessen endlich wieder die benötigten Arbeitsplätze entstehen können.

Zu Zeiten der CDU-geführten Landesregierung stand Hessen wirtschaftlich an der Spitze der Bundesländer. Das, was Hessen damals stark gemacht hatte, ist zwar nicht über Nacht verschwunden, aber massiv gefährdet. Mit der günstigen Lage innerhalb Deutschlands und Europas verfügt Hessen über einen natürlichen Standortvorteil. Mit dem Rhein-Main-Gebiet als Standort für modernste internationale Dienstleistungen, einer großen Zahl von Banken, dem Rhein-Main-Flughafen, der Börse, modernen Industriebetrieben und der Messe hat Hessen einen starken Wirtschaftsmotor und das in einer Region mit mehreren Zentren, die offensichtlich den heutigen Bedürfnissen der Unternehmen und der Arbeitnehmer mehr entgegenkommt als andere Räume in Europa. In einer Region, die besser als andere gute Verdienstmöglichkeiten mit hoher Lebensqualität verbinden kann. Mit dem Standort der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main, den Bundeskanzler Helmut Kohl in der EU durchsetzen konnte, ist ein weiterer bedeutender Standortvorteil hinzugekommen. Hinzu kommt, daß seit der Wiedervereinigung Hessen nicht mehr nur ein wirtschaftliches Zentrum hat. Zerschnittene Bande wurden im Norden und Osten Hessens wieder zusammengeknüpft: Kassel, Fulda, Nord- und Osthessen stehen wieder im Mittelpunkt Deutschlands und können erneut Knotenpunkte nationaler und internationaler Wirtschaftsverbindungen werden.

Hessen hat ein hohes Zukunftspotential. Schulen, Universitäten, qualifizierte Arbeitnehmer, leistungsfähiger Mittelstand und Unternehmen, deren Forschungsaktivitäten schnell auszudehnen sind,

und eine rasch zu modernisierende Infrastruktur - noch kann vieles gerettet werden, wenn die rot-grüne Wirtschaftsblockade in Hessen schnell beendet wird. Gravierende Veränderungen sind allerdings notwendig. Hochtechnologien und Innovationen müssen rasch umgesetzt, die Infrastruktur schnell modernisiert und die Kostenbelastung für Unternehmen in Hessen reduziert werden. Nicht größere Belastungen und neue Vorschriften, sondern neue Entfaltungsräume und mehr Freiheit für Arbeitnehmer und Unternehmen sind gefordert, denn dauerhafte Arbeitsplätze entstehen in der Wirtschaft und nicht durch das Arbeitsamt.

Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze. Im Gegenteil. Umweltverträgliches Wirtschaften sichert auf Dauer wesentliche Standortvoraussetzungen. Wirtschaftliches Wachstum sichert gleichzeitig, daß modernste und umweltfreundliche Technologien schneller eingesetzt werden.

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel werden wir in wichtigen Feldern der Landespolitik einen radikalen Kurswechsel durchführen, um auch in schwieriger Zeit die Chance zu nutzen, moderne und sichere Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und im Dienstleistungsbereich zu schaffen und Hessen damit wieder an die Spitze der Standorte in Deutschland zu führen.

### **Hessen wieder zum bevorzugten Standort für Investitionen machen**

Wir werden wieder Sicherheit und Berechenbarkeit herstellen. Wir werden deutliche Zeichen setzen. Dazu wird die Landesverwaltung angewiesen, zusammen mit den anderen Bundesländern die Planungsvorgaben für nationale Infrastrukturmaßnahmen kooperativ und schnellstmöglich auszuführen. Wir werden vom ersten Tag der Regierungsübernahme an dafür arbeiten, den Ruf Hessens als einem bevorzugten Platz für Investoren und einer Region moderner und sicherer Arbeitsplätze wiederherzustellen.

Wir werden

- die rot-grünen „Hessen-Steuern“- Sonderabfall- und Grundwasserabgabe - abschaffen.
- Mit einer „Mittelstandsoffensive“ kleineren und mittleren Unternehmen der Industrie, des Handwerks und des Handels, in

denen die meisten Arbeitsplatzreserven stecken, neue Chancen geben.

die Blockadepolitik im Straßenbau sofort beenden. Das bedeutet den schnellen Lückenschluß der Autobahnen um Frankfurt, vor allem aber schnellstmögliche Planung und Bau wichtiger Fernstraßenverbindungen wie der A 49 von Bischhausen zur A 5 und der A 44 zwischen Kassel und Eisenach als eine wichtige Strukturmaßnahme, damit die durch die Wiedervereinigung entstandenen historischen Chancen für den nord-, mittel- und osthessischen Wirtschaftsraum genutzt werden können. den „ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug“ bei den kerntechnischen Anlagen, mit dem

die rot-grüne Landesregierung durch Verzögerungen, Behinderungen und Schikanen den Ausstieg aus der Kernenergie „durch die Hintertür“ bewerkstelligen will, genauso beenden wie die Behinderungen beim Vollzug des Gentechnikgesetzes.

- Hessen wieder zu einem Zentrum moderner Technologie machen. Die Verhinderung der Hochtechnologie in Hessen wird beendet. Wir bekennen uns zum Transrapid-Projekt, das nicht nur ein Symbol für den Willen zum Einsatz moderner Technik in unserem Land ist, sondern auch modernste Arbeitsplätze in Hessen schafft.
- dafür sorgen, daß Verfahrensbeschleunigung auf allen Ebenen stattfindet. Heute dauern in keinem Bundesland Genehmigungsverfahren länger als in Hessen. Die Bearbeitungszeit beträgt heute im Durchschnitt 20 Monate. Wir werden dies ändern.

Wir wollen

- das Bundesland mit den schnellsten Genehmigungsverfahren werden. Wir streben eine Halbierung der durchschnittlichen Genehmigungsdauer an. Dazu gehört die Einsetzung von Projektmanagern, die für die zügige Durchführung der Verfahren verantwortlich sind und auf die hin zeitsparend alle notwendigen Verfahren und Stellungnahmen aller beteiligten Behörden in einem zeitsparenden „Sternverfahren“ ausgerichtet werden genauso wie die Abschaffung überflüssiger Verordnungen. Wir werden gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft eine Kommission einrichten, die sich ausgehend von konkreten Fällen mit den jeweiligen Ursachen überlanger Genehmigungsverfahren beschäftigt und kurzfristig Lösungsvorschläge erarbeitet. Durch Bundesratsinitiativen werden wir die Beschleunigungsvorhaben des Bundes unterstützen.
- die Ausweitung der Verbandsklage, mit der nicht nur Betroffene, sondern verstärkt auch politisch motivierte Umweltverbände Blockademöglichkeiten in die Hand bekommen, rückgängig machen.
- das PVC-Verbot der rot-grünen Landesregierung sofort aufhe-

ben, das nicht nur unmittelbar Arbeitsplätze gefährdet, sondern zu einem nachhaltigen Imageschaden des Standorts Hessen geführt hat.

- den von der CDU-Landtagsfraktion bereits vorgelegten Entwurf für ein „Hessisches Verkehrswegebeschleunigungsgesetz“ umsetzen, um den Bau von dringend benötigten Landes- und Kreisstraßen sowie von regionalen Bahnstrecken zu beschleunigen.
- die Mittel für den Landesstraßenbau wieder am Bedarf und nicht an ideologischen Vorgaben ausrichten. Bau hat eindeutige Priorität vor Rückbau. Der Umfang der Planungen wird auch durch die stärkere Einbeziehung Privater ausgeweitet.

### **Neue Grundlagen für mehr Arbeitsplätze in Hessen schaffen**

Kleine und mittlere Unternehmen reagieren schneller und flexibler auf neue Rahmenbedingungen. Dort entstehen die meisten neuen Arbeitsplätze. Dies gilt insbesondere für das Handwerk. Eine gute Ausbildung mit dem Gütesiegel des „dualen Ausbildungssystems“ gewährleistet außerdem durch hohe Standards die notwendige Mobilität der Arbeitskräfte.

Der Mittelstand in Hessen muß seine Chancen wieder nutzen können. Hessen braucht eine neue Mittelstandspolitik. Die Politik der rot-grünen Landesregierung hat sich durch die Ausweitung des staatlichen Einflusses ausgezeichnet und dem Mittelstand ein Mauereblümchendasein zugewiesen. Ein Kurswechsel ist nötig.

Wir wollen mit einer „Mittelstandsoffensive“

- Existenzgründer durch ein besser ausgestattetes Existenzgründungsprogramm, das besonders auf technologieorientierte Unternehmensgründungen abgestellt ist, und durch eine verbesserte Beratung und Zusammenarbeit mit den Institutionen der Wirtschaft besonders fördern,
- mehr Wagniskapital für junge Unternehmen, die erfahrungsgemäß besonders innovativ sind, zur Verfügung stellen und eine schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in neuartige Produkte leisten.
- die Ausbildungsleistung des

Mittelstandes verstärkt fördern, indem u.a. zusätzliche Mittel für die überbetriebliche Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Investitionen in die Ausbildung sind Zukunftsinvestitionen.

die Bedeutung der Betriebe, Kammern und Verbände bei der Aus- und Weiterbildung erhöhen.

das beispielhafte Engagement des Handwerks bei der Werkakademie für Gestaltung in Kassel und dem Deutschen Zentrum für Handwerk und Denkmalpflege in Fulda bei der Weiterbildung fördern. Die Hessische CDU unterstützt diese Projekte und wird die Förderung auf eine sichere Basis stellen,

endlich die Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung schaffen. Durch Anstrengungen zur schrittweisen Übernahme der Förderung zur Vorbereitung der Meisterprüfung durch das Land wird die hessische CDU ein Zeichen für den Willen zur Aufwertung der beruflichen Bildung setzen. Die Förderung soll in Form von Darlehen erfolgen, die in Teilzuschüsse umgewandelt werden, wenn zwei Jahre nach abgelegter Meister-Prüfung ein Unternehmen gegründet wird. Je mehr Arbeitsplätze dort geschaffen werden, desto höher wird der Zuschußanteil. Auch für die gewerbliche Wirtschaft müssen die Formen der Förderung überprüft werden.

Raum für mittelständische Unternehmen schaffen. Mittelstand braucht nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch Platz. Wir werden die Einrichtung von „Gewerbehöfen“ fördern. Damit bleibt das Leistungsangebot des Mittelstandes näher beim Bürger und erzeugt außerdem durch kurze Wege weniger Umweltbelastungen und geringere Kosten. Die langsame und teilweise bewußt zögerliche Ausweisung neuer Gewerbegebiete muß ein Ende haben.

alle vom Land und den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben unter dem Kriterium der Subsidiarität prüfen. Der Staat muß sich überall dort zurück-

ziehen, wo Private bei gleichem Standard genauso günstig oder besser anbieten. Dabei müssen die Rechte der betroffenen Arbeitnehmer berücksichtigt bleiben. Privatisierung ist Politik für den Mittelstand und eröffnet die Möglichkeit, einen hohen Stand öffentlicher Leistungen kostengünstig anbieten zu können. Genauso wie auf der Landesebene müssen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß auf der kommunalen Ebene Private zum Zuge kommen. Dazu gehört die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen und die Beratung der Kommunen über Privatisierungsmöglichkeiten und -wege.

das Bildungsurlaubsgesetz in seinen wesentlichen Grundsätzen erhalten, die berufliche und politische Fortbildung stärken und den Mißbrauch bekämpfen. Es dürfen keine neuen unzumutbaren Sonderbelastungen für hessische Unternehmen entstehen.

die modernen Kommunikationsmöglichkeiten und Technologien nutzen, um Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen, die zu „Arbeitsplätzen zu Hause“ führen.

Den Freien Berufen und ihrer Entwicklung kommt bei der Umsetzung unseres Programms eine besondere Bedeutung zu.

Hohe Sicherheitsstandards, ein hohes Niveau an sozialen Leistungen und hohe Löhne machen Wirtschaften in Deutschland - und damit auch den Standort Hessen - relativ teuer. Deswegen liegen die Zukunftschancen vor allem in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die gewerbliche Produktion in neuen Produkten und neuen Technologien. Wir brauchen Avantgarde-Produkte von Avantgarde-Unternehmen. Die Lösungswege liegen auf der Hand: Die CDU wird die Voraussetzungen für Arbeitsplätze in der Gen- und Biotechnologie, Umwelttechnik, Entsorgung, Informations- und Kommunikationstechnik, High-Chem-Systeme, Optik, Mikroelektronik, Dienstleistungen, Umwelttechnik, Entsorgung oder Mikrotechnik schaffen

- in Zukunftsbereichen, in denen unser Land seine Voraussetzungen einbringen kann und mit denen Hessen schnell wieder zur Weltspitze aufschließen wird. Im Interesse der Arbeitnehmer und der Sicherheit am Arbeitsplatz ist der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz auf hohem Niveau fortzuführen.

Wir wollen mit einer konsequenten Innovationspolitik Hemmnisse beseitigen und neue Freiräume schaffen:

- Die Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes wird konsequent auf die Beschleunigung von Innovationen ausgerichtet. Der Dialog zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Behörden wird verbessert. Die Arbeit der Technologietransferstellen wird ausgeweitet, damit insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bessere Startbedingungen vorfinden.

- Die CDU wird dafür sorgen, daß die Forschungsleistungen der hessischen Universitäten, der hessischen Unternehmen und anderer Institutionen schnell in die Praxis - und damit zur Schaffung von neuen zukunftsorientierten Arbeitsplätzen - umgesetzt werden kann. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Ausweitung der Drittmittelforschung an den Universitäten zu.

Wir werden die Voraussetzungen für neue „Hessen-Technologieparks“ (HTP) schaffen, in denen schnelles und vereinfachtes Genehmigungsmanagement, konzentrierte staatliche Förderung, Beratung und die Nähe von Forschungsinstitutionen und Unternehmen zusammenkommen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird in einem dieser hessischen Technologieparks zusammen mit mittelständischen und großen Unternehmen der Chemie ein biotechnologisches Forschungs- und Produktionszentrum errichten. Dort kann jedes Unternehmen, ohne die hohen Risiken der Genehmigung und Errichtung einer eigenen Anlage eingehen zu müssen, Kapazitäten als Forschungslabor und als Technikum bis zur Pilot-Produktion eines serienreifen Pro-

duktes mieten. Damit werden für die anschließende Produktion vor allem für neue Unternehmen - auch die Voraussetzungen für die Finanzierung entscheidend verbessert. Die CDU will Hessen zu einem Zentrum für kreative und innovative Unternehmen der Biotechnologie machen. Wir unterstreichen damit, daß Hessen wieder zu einem bevorzugten Ziel für Investitionen in Hochtechnologie werden soll.

- Wir werden ein Zeichen für die wirkliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren setzen. Durch eine Ergänzung der Hessischen Bauordnung werden in reinen Industriegebieten, für die ein Bebauungsplan vorliegt, Detailgenehmigungen von einzelnen baulichen Umbauten oder Erweiterungen, entfallen. Hessen wird das erste Bundesland sein, in dem Unternehmen danach ein eigenständiges Recht zu baulichen Veränderungen in ihrem Industriegebiete haben werden. Wenn die betriebliche Notwendigkeit besteht, werden hessische Unternehmen ohne jede bürokratische Verzögerung bauen können.

Eine moderne Infrastruktur ist ein entscheidender Wachstumsfaktor. Wir werden auch hier die Blockadepolitik der bisherigen Landesregierung beenden und entschlossen die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität schaffen. Wir werden dafür sorgen, daß die Wasserversorgung, insbesondere in Südhessen, langfristig gesichert wird. Durch die Verbesserung der Wassergewinnung (schnelle Inbetriebnahme der Versickerungsanlagen und - wenn nötig - den Bau einer Talsperre) wird die Wasserversorgung nicht länger ein Engpaß sein, den Rot-Grün als Hebel zur Verhinderung der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten eingesetzt hatte. Eine sichere und kostengünstige Wasserversorgung sowie Entsorgung von Abwasser und Bodenaushub tragen mit zur Standortgunst bei.

- eine Planung für ausreichende Entsorgungskapazitäten für Abfall und Sonderabfall vorlegen.
- den Energiemix beibehalten, bei dem sowohl fossile Energieträger als auch die Kernenergie eingesetzt werden. Zur Infrastruktur eines Industrielandes gehört auch die sichere und kostengünstige Versorgung mit Energie. Dabei geht es nicht um Wachstum des Energieverbrauchs um jeden Preis. Die CDU/Hessen tritt für einen sparsamen Umgang mit Energie ein. Durch den verstärkten Einsatz von intelligenter Technik kann aber der Energieverbrauch ohne Wohlstandsverluste entscheidend reduziert werden. Effiziente Energieverwendung spart wertvolle und knappe Energievorräte und trägt gleichzeitig zur Umweltentlastung bei.
- Wir wollen jedoch keine einseitige Energiepolitik. Neben der Sicherung der Grundlastversorgung durch Kohle- und Kernenergie fördern wir auch die Fortentwicklung alternativer, regenerativer Energien. Höchste Sicherheitsstandards, Umweltverträglichkeit und wirtschaftlicher Nutzen sind die Kriterien der Energiepolitik der hessischen CDU. Wir treten für den Betrieb eines modernen Werkes zur Herstellung von Brennelementen in Hanau ein. Der Kernkraftwerkstandort Biblis wird als zentrales Element der hessischen Energieversorgung dauerhaft erhalten.

### **Neue Verkehrspolitik für Hessen**

Die Sicherung der Mobilität für Bürger und Unternehmen mit möglichst wenig Umweltbelastungen ist eine der dringlichsten Aufgaben der nächsten Zeit. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Hessen in das globale Netz der Handelsbeziehungen und der internationalen Dienstleistungen einbezogen bleibt, und so neue, moderne Arbeitsplätze geschaffen werden können. An die Stelle rot-grüner Bevormundung und Blok-

kadepolitik werden wir eine sachorientierte und pragmatische Verkehrspolitik setzen, die durch verbesserte Angebote neue Entscheidungsräume für die Bürger eröffnet. Wir bekennen uns dazu, daß auch in Zukunft, selbst bei intensiver Förderung des ÖPNV, das Auto unverzichtbar bleibt und werden die rot-grüne Verteufelung des motorisierten Individualverkehrs beenden.

Wir werden

- mit dem schnellen Bau von Lückenschlüssen der Autobahnen, vor allem der A 49 und der A 44, von Bundesstraßen und von Ortsumgehungen zugleich eine Verbesserung der Lebensqualität durch die Entlastung von Wohngebieten erreichen. Um unnötige Wege zu ersparen, werden in Zukunft bereits bei der Raumordnungsplanung die Plätze für Arbeiten und Wohnen „zusammengedacht“ werden. Mobilität im Rahmen der Freizeitgestaltung muß ebenfalls von unnötigen Hindernissen befreit werden. Dies bedeutet nicht die Erschließung aller denkbaren Ausflugziele mit allen Verkehrsmitteln, jedoch deren zügige Erreichbarkeit im Rahmen eines abgestimmten Verkehrskonzeptes auf der Grundlage verschiedener Transportmöglichkeiten.
- den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens, des größten Arbeitsplatzes in Hessen, mit allen Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung vorantreiben. Dazu gehören schon in der nächsten Zeit die tatkräftige Unterstützung des Baus des Frachtzentrums, bei dem SPD und GRÜNE bis heute grundverschiedene Auffassungen haben, genauso wie Planungen für die Zukunft des Flughafens nach dem Jahr 2010, die wegen der langen Vorlaufzeiten bereits heute in Angriff genommen werden müssen.
- der Verkehrspolitik in Hessen eine neue Qualität geben. Hessen ist einer der größten Automobilbaustandorte in der Bundesrepublik Deutschland. Allein in Rüsselsheim sitzen 8.000 Ingenieure und Techniker in einem der größten Automobil-Forschungszentren der Welt.

Wir werden ein Zeichen setzen, daß wir die Automobilindustrie auch in Zukunft in unserem Lande wollen.

Ein wesentlicher Schritt hin zu einer effektiveren Verkehrsunterstützung wird der Einsatz moderner Verkehrsleitsysteme und Kommunikationsmittel sein. Sie müssen dem Autofahrer Informationen darüber geben können, auf welchem Wege und wann er zügig, also auch ohne Stau und Parkplatzsuche, ein Ziel erreichen kann. Diese Systeme sind insbesondere mit Priorität bei der Verkehrerschließung von Innenstädten einzuführen. Viele solcher Systeme werden im Augenblick getestet. Die CDU will bis zum Jahr 2000 das Rhein-Main-Gebiet zum ersten Platz in Europa machen, in dem diese integrierten Informationssysteme für den Individualverkehr serienreif für jeden Bürger verfügbar sind. Mit Hilfe dieser Informationssysteme wird auch eine neue Qualität in der Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger möglich. Damit wird auch dem öffentlichen Personennahverkehr vor allem in den Verdichtungsräumen ein völlig neuer Stellenwert zukommen.

eine Fahrradverkehrsplanung betreiben und fördern, die die Ansprüche integrierter Verkehrsplanung erfüllt. Anstatt stereotypen Forderungen nach „mehr Radwegen“ nachzugeben, werden wir das Fahrrad als schnelles Kurzstreckenfahrzeug des Individualverkehrs eng mit anderen Verkehrsarten vernetzen. Hierzu zählen auch Maßnahmen zu einer landeseinheitlichen Wegweisung hin auf durchgängige Fahrradrouten, die Förderung von Bike & Ride-Plätzen als Verflechtung mit dem ÖPNV oder die Unterstützung einer Anbindung von Unternehmenstandorten an ein überörtliches Fahrradroutennetz.

Ein mit dem Individualverkehr abgestimmter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) kann einen größeren Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme leisten. Es kommt auch hier darauf an, die öffentlichen Mittel effizient einzu-

setzen und nicht durch überzogene Regelungsanforderungen Mittel zu verschwenden. Je besser das Angebot des ÖPNV ist, desto eher wird es auch von denjenigen freiwillig angenommen, die derzeit mit dem Auto zur Arbeit, zum Einkaufen oder zu Veranstaltungen in die Städte fahren.

Wir werden

- den ÖPNV fortentwickeln und das Hessische ÖPNV-Gesetz den Anforderungen anpassen, die die Regionalisierung des schienengebundenen Personennahverkehrs mit sich bringt.
- durch die Förderung regionaler Verkehrsverbünde und anderer Formen der Kooperation maßgeschneiderte ÖPNV-Konzepte für die Verkehrsräume in Hessen entwickeln.

Weitere Ziele der CDU Hessen in der Verkehrspolitik sind:

- Schnellstmögliche Fertigstellung der Schnellbahnstrecke

Köln-Frankfurt am Main - auch zur Entlastung des innerdeutschen Flugverkehrs. Die Planung und der Bau der transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsstrecken der Bahn mit dem Knotenpunkt Frankfurt am Main müssen mit höchster Priorität betrieben werden.

- die Herstellung einer modernen Bahn-Infrastruktur in Hessen, z.B. durch die schnelle Realisierung eines IC-fähigen Ausbaus der Strecke Dortmund-Kassel-Bebra-Erfurt-Dresden oder des Ausbaus bzw. Neubaus der Schnellbahnverbindung Frankfurt-Fulda-Erfurt-Berlin.
- Schnelle Planung für die Projekte des „vordringlichen Bedarfs“ des Bundesverkehrswegeplans wie z.B. die Schließung der Autobahnlücken der A 66 in Frankfurt (insbes. Riederwaldtunnel) und im Fuldaer Raum oder der schnelle vierspurige Ausbau der B 49 zwischen Limburg und Wetzlar.
- die Chancen der deutschen Einheit müssen auch für die regionale Entwicklung Ost Hessens genutzt werden. Das betrifft sowohl die Straßen als auch die Schienenwege.
- Wir wollen die Planung für den hessischen Teil der A 4 Olpe - Hattenbach zügig vorantreiben.
- Intensivere Nutzung der Schienen- und Wasserwege zum Transport von Gütern. Wir wollen mehr Gütertransporte von der Straße auf die Schiene verlagern. Die CDU wird mit Nach-

druck die Anlage von Güterverkehrszentren zunächst in Kassel und im Rhein-Main-Gebiet zum schnelleren und wirksameren Gütertausch von Straße auf Schiene und ggf. Wasserwegen unterstützen und für schnelle Genehmigungsverfahren sorgen. Die Einrichtung weiterer Güterverkehrszentren (z.B. in Mittelhessen) wird geprüft. Dem kommunalen Straßenbau muß nach den Mittelkürzungen durch Rot-Grün wieder ein größeres Volumen eingeräumt werden.

Darüber hinaus werden folgende Maßnahmen weiterverfolgt:

- Bessere Anbindung des mittelhessischen Raumes an das Rhein-Main-Gebiet durch ein drittes Gleis und eine aufeinander abgestimmte Verkehrsplanung (z.B. im Rahmen des RMV).
- schnelle Planung und Umsetzung der Schienenprojekte des „vordringlichen Bedarfs“ nach dem Schienenwegeausbaugesetz in Hessen.

### Wiederherstellung einer verlässlichen Finanzpolitik

Mit der Amtszeit Eichel verbindet sich in Hessen ein unverantwortlicher Kurs in der Haushaltspolitik: ungezügelter Ausgabenwachstum, neue Höchststände bei Personalausgaben, Zinszahlungen und der Nettoverschuldung. Diese zusätzlichen Lasten müssen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten von den Bürgerinnen und Bürgern abgetragen werden.

Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Wirtschaft und für Wachstum ist eine stetige und verlässliche Finanzpolitik unverzichtbar.

Die Spielräume der öffentlichen Hand sind durch die zusätzlichen Zinsbelastungen der rot-grünen Schuldenpolitik noch enger geworden. Es wird immer mehr Bürgern klar, daß nur das ausgegeben werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde. Sparsame Haushaltsführung ist für die Wiederherstellung solider Finanzen wichtig, noch wichtiger ist aber der wirtschaftliche Umgang mit öffentlichen Mitteln. Die öffentliche Haushaltspolitik muß wieder in erster Linie darauf ausgerichtet sein, sozial- und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum zu erreichen. Je höhere Wachstumsraten wir erreichen, desto eher werden wir die Konsolidierung der Staatsfinanzen schaffen, und desto schneller wird der Staatsan-

teil, der sich durch die Wiedervereinigung notwendigerweise erhöhte, wieder gesenkt werden können. Jede Ebene muß durch ihre sparsame und wachstumsorientierte Finanzpolitik dazu beitragen.

Wir werden unmittelbar nach Regierungsantritt einen Kassensturz vornehmen, um ein ungeschöntes Bild vom Ausmaß der Verschuldung des Landes zu erhalten. Von diesem Ausgangspunkt gilt es, wieder eine verlässliche Basis für künftige finanzpolitische Entscheidungen zu schaffen.

Um Hessen wieder sichere Rahmenbedingungen zu geben, wird die CDU quantitative und qualitative Veränderungen der Haushaltspolitik vornehmen.

Wir werden

- den Zuwachs der Ausgaben des Landes am realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ausrichten. Es war von der rot-grünen Landesregierung unverantwortlich, daß trotz einer Vorgabe des Finanzplanungsrates von 3 Prozent der hessische Landesetat 1992 um 8,9 Prozent und 1993 um 9,2 Prozent angewachsen ist.

- Zusätzliche Stellen wird es nicht geben; der heutige Stellenplan des Landes ist für den Personalbereich die Obergrenze. Längerfristiges Ziel ist es, den Personalkostenanteil am Gesamthaushalt zu verringern. Dies kann jedoch nur schrittweise geschehen, wobei gewährleistet sein muß, daß durch Umschichtungen innerhalb des Personalhaushaltes Schwerpunktbereichen der Landespolitik die nötigen Stellen zugewiesen werden können.

- alle Landesleistungen werden auf den Prüfstand gestellt. Auch langjährige Programme müssen ihre Effizienz beweisen. Sinnvolle Mittelverwendungen werden fortgeführt, unwirtschaftliche Programme und Mittelverschwendungen werden beendet. Dieser qualitative Umbau des Etats ist unverzichtbar.

Dem Mißbrauch von staatlichen Leistungen muß dauerhaft begegnet werden. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb in jedem betroffenen Ministerium einen Verantwortlichen benennen, der sich mit solchen, das Rechts- und Sozialstaatsprinzip aushöhlenden Tatbeständen beschäftigt.

- die Verpflichtungsermächtigungen werden um mindestens zehn Prozent zurückgeführt, um den Gestaltungsspielraum für die Landespolitik zu erhöhen.

- die Bagatellsteuern, die die rot-grüne Landesregierung 1991 erneut eingeführt hatte, wieder abschaffen.

- die Steuergerechtigkeit erhöhen. Durch eine ausreichende Personalausstattung und modernste EDV müssen Finanzämter wieder in die Lage versetzt werden, Steuererklärungen schnell bearbeiten und den Berg von Außenständen bewältigen zu können. Es

kann nicht angehen, daß jeder Lohnsteuerpflichtige seine Steuerschuld sofort bezahlen muß, während wegen der mangelnden Ausstattung der Finanzämter sich die Bearbeitung von Steuererklärungen immer länger hinzieht.

- Die Betriebs- und Außenprüfung sowie die Steueraufsicht durch die Finanzämter und die Oberfinanzdirektion ist im Sinne einer größeren Steuergerechtigkeit und zur Sicherstellung der Steuereinnahmen auszubauen und aufzuwerten.

### 3. Hessen muß wieder sicherer werden

Der hohe Anstieg der Alltagskriminalität ist erschreckend. Bedrohlich ist insbesondere auch die Zunahme der organisierten Kriminalität, die inzwischen auch weite Bereiche der Alltagskriminalität erfaßt hat, und die Zunahme der Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund gegen ausländische Mitbürger. Immer mehr Menschen haben Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Diese Si-

tuation fordert den Rechtsstaat zum Handeln heraus. Dabei darf die Polizei bei ihrer schweren Aufgabe nicht allein gelassen werden. Die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit ist staatliche Aufgabe und ein gesamtgesellschaftliches Problem, dessen Lösung die Mitwirkung jedes einzelnen Bürgers erfordert.

#### Polizei 2000 - Garant der Inneren Sicherheit

Die Polizei muß auf die Herausforderungen des Jahres 2000 vorbereitet werden. Die CDU will deshalb eine Wende in der polizeilichen Verbrechensbekämpfung in Hessen und verlangt neue Prioritäten in der Polizeiarbeit. Wir werden in Zukunft hochqualifizierte Polizisten in Hessen ha-

ben, die alle neben der praktischen Ausbildung über eine sorgfältige und umfassende Fachhochschulausbildung verfügen. Eine derartig gut ausgebildete Polizei muß ihre Kräfte mehr als bisher auf die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung und die Straftatenverfolgung konzentrieren und - auch aus wirtschaftlichen Überlegungen - von Verwaltungsarbeiten und polizeifremden Tätigkeiten entlastet werden. Die Union will deshalb ein Sicherheitsprogramm zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in Hessen. Dazu gehört zunächst eine umfassende Polizeireform.

Das Land Hessen hat die zweistufige Polizeibesoldung eingeführt. Dieses Konzept wird nach Maßgabe der Haushalts- und Ausbildungsmöglichkeiten fortgesetzt. Es ist unbestritten, daß es polizeiliche Aufgaben gibt, die nicht von den aufwendig ausgebildeten Beamten des gehobenen Dienstes wahrgenommen werden müssen. Dabei handelt es sich z.B. um

- Überwachungsaufgaben im allgemeinen Streifendienst,
- Aufgaben der Objektsicherung einschließlich der dazu gehörenden Personen- und Fahrzeugkontrolle,
- Aufgaben beim Einsatz zur Sicherung des Ablaufs von Großveranstaltungen,
- Aufgaben im Rahmen der Schadensaufnahme nach einfachen Verkehrsunfällen bis zur Schaffung eines privatbetriebenen Aufnahmedienstes,

- Aufgaben der Begleitung von Schwerlasttransporten,
- Aufgaben, die im speziellen Einzelfall übertragen werden.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben soll das Modell einer besonderen „Wachpolizei“ erprobt und bei Bewährung zur Entlastung und Unterstützung der Polizei eingesetzt werden. Die Angehörigen der Wachpolizei werden als Angestellte bezahlt. Sie erhalten eine eingeschränkte, kurzzeitige Ausbildung für Einzelaufgaben. Bei Bewährung wird ihnen der Übertritt in die allgemeine Polizeiausbildung eröffnet.

- Die CDU wird zur Unterstützung der Vollzugspolizei einen Freiwilligen Polizeidienst in Hessen einrichten, in den auch Ausländer aufgenommen werden können. Im Freiwilligen Polizeidienst unterstützen die Bürger ehrenamtlich die Arbeit der Polizei und leisten einen besonderen bürgerschaftlichen Beitrag zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Der Freiwillige Polizeidienst soll in die Polizeibehörden eingegliedert werden. Aufgabe der Mitglieder des freiwilligen Polizeidienstes ist es, die Polizeibeamten von solchen Aufgaben zu entlasten, für deren Wahrnehmung voll ausgebildete Polizeibeamte nicht erforderlich sind, die aber derzeit von vollausgebildeten Polizeibeamten übernommen werden müssen. Dadurch kann die sichtbare Polizeipräsenz vor Ort verstärkt werden und kann sich die Polizei auf ihre vorrangige Aufgabe der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung konzentrieren. Die Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichen Fachleuten und durch Ausbildung qualifizierten freiwilligen Helfern hat sich in anderen wichtigen Bereichen wie z. B. bei der Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk oder beim Katastrophenschutz langjährig bewährt. Eine Zusammenarbeit hauptberuflicher Polizeikräfte und qualifizierter freiwilliger Helfer ist ebenso möglich.

- Die CDU wird die Polizei von sicherheitsfremden Tätigkeiten (wie z. B. Entstempeln von KFZ-Schildern, Ermittlungs- und Amtshilfeersuchen anderer Behörden im Rahmen von Ord-

nungswidrigkeitsverfahren, Durchführung von Wert- und Gefangenentransporten) weitgehend entlasten, um Kräfte zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung und zur Straftatenverfolgung zur Verfügung zu haben. Bei Ermittlungs- und Amtshilfe anderer Behörden im Rahmen von Ordnungswidrigkeitsverfahren ist diese von den zuständigen Verwaltungsbehörden in eigener Verantwortung wahrzunehmen.

- Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Organisation der Unfall- und Schadensaufnahme im Bereich der leichten

Unfälle durch die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherer wahrgenommen wird. Soweit die Bearbeitung von Verkehrsunfällen bei Schäden unter 5.000 DM nicht der Strafverfolgung dient, ist die Vollzugspolizei davon freizustellen. Durch den gesetzlich vorzuschreibenden Einbau von elektronischen Fahrüberwachungssystemen in die Fahrzeuge wird darüber hinaus die Unfall- und Schadensaufnahme erheblich erleichtert.

- Die Organisation der Vollzugspolizei muß sich an polizeitaktischen und kriminalgeografischen Gesichtspunkten orientieren. Die CDU wird daher Polizeibereiche einrichten. Die Führung der hessischen Vollzugspolizei wird einem Landespolizeipräsidenten übertragen, der dem Minister des Innern unmittelbar unterstellt ist. Die Polizeiabteilungen bei den Regierungspräsidien werden in die neue Polizeiorganisation eingegliedert.

- Um die Effizienz und Motivation der polizeilichen Arbeit zu steigern, wird die CDU die Polizei mit modernster Technik (z. B. verbesserter Datenverarbeitung) ausrüsten. Im besonderen Maße gilt dies auch für die technische und räumliche Ausstattung der Polizeistationen.

Die CDU wird das Hessische Gesetz für die öffentliche Sicherheit und Ordnung neu fassen. Der Polizei muß die Aufgabe der Vorsorge für die künftige Strafverfolgung zugewiesen werden, um auf dieser Basis bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung künftig z.B. einen weitergehenden Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern zuzulassen.

In diesem Zusammenhang darf Datenschutz nicht zum Täter-

schutz werden. Die Nutzung von rechtmäßig gewonnenen Informationen aus dem Einsatz nichtoffener Ermittlungsmethoden darf auch für die Zukunft nicht in Frage gestellt werden.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird darauf achten, daß die Arbeit des Landespräventionsrates praktisch umsetzbare Ergebnisse zur Kriminalitätsverhütung erzielt.

## Recht sichert Freiheit

Die Innere Sicherheit kann nicht allein durch die Arbeit der Polizei verbessert werden. Die Arbeit der Polizei muß getragen sein von einer dem Bürger verständlichen Rechtsordnung, die eindeutig zwischen richtig und falsch trennt. Je klarer zwischen richtigem und falschem Verhalten unterschieden wird und je konsequenter Polizei und Justiz auf die Einhaltung der Normen drängen, desto größer ist die Chance, daß Menschen - vor allem junge Menschen - Anfechtungen widerstehen und rechtstreu bleiben. Die rot-grüne Landesregierung verletzt diesen Grundsatz beständig. Die CDU lehnt jeden Versuch der Aufhebung der Strafbarkeit von Alkoholdelikten im Straßenverkehr, von Ladendiebstählen oder die Straflosigkeit des Umgangs mit Drogen entschieden ab.

Eine solche entschlossene Haltung ist die Voraussetzung für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden und der Polizei, die wissen müssen, daß ihr Erfolg gewünscht ist. Nur dann werden technische und organisatorische Verbesserungen bei der Verbrechensbekämpfung ihre Wirkung haben können.

Die Verbrechensbekämpfung muß auch durch die hessische Justiz effizient und schlagkräftig erfolgen. Weitere organisatorische Anstrengungen sind erforderlich. Rechtspolitische Anliegen der Union sind dabei die Straffung der Strafverfahren und des Gerichtsorganisationsrechts, eine Verbesserung des Opferschutzes und des Zeugenschutzes sowie die bessere Ausnutzung der personellen Ressourcen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten.

Die technische Ausstattung der Justizbehörden ist nach modernen Anforderungen vorzunehmen. Die Staatsanwaltschaft muß stärker als bisher in die Lage versetzt werden, die organisierte Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen. Unabhängig von den Zuständigkeitsbereichen der Landgerichte sind deshalb Schwerpunktstaatsanwaltschaften landesweit, gegebenenfalls landesübergreifend, für



bestimmte Kriminalitätsbereiche zu bilden.

Wir brauchen einen verstärkten Opferschutz und mehr Zeugenschutz. Die CDU will deshalb einen Opferanwalt, der endlich dafür sorgt, daß die Interessen der Opfer mit Nachdruck vertreten werden.

Die CDU wird der Sicherheit in hessischen Gefängnissen wieder Priorität einräumen. Im Jahr 1993 war ein besorgniserregender Ausbruchrekord in Hessen zu verzeichnen, der bundesweit für Schlagzeilen sorgte und dem hessischen Justizvollzug schweren Schaden zugefügt hat. Die Politik der rot-grünen Landesregierung war dadurch gekennzeichnet, dem in ihrem Sinne sogenannten humanen Strafvollzug und den Belangen der Strafgefangenen ein deutliches Übergewicht auf Kosten der Sicherheit zu verleihen. Dagegen wurde den Sicherheitsinteressen der Bediensteten ein deutlich geringerer Stellenwert eingeräumt. Die Union wendet sich gegen diese rot-grüne Vollzugsphilosophie und tritt für einen modernen, am Schutz der Allgemeinheit ausgerichteten, aber auch am Ziel der Resozialisierung orientierten Strafvollzug ein. Die Attraktivität der schwierigen Dienste im Justizvollzug, insbesondere der Beamtinnen und Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst ist weiter zu verbessern. Die CDU wird deshalb Maßnahmen zur Motivationssteigerung der Justizvollzugsbediensteten und verstärkte Sicherungsmaßnahmen in den Gefängnissen durchführen. Sinn des Strafvollzugs ist auch der Schutz der Bevölkerung vor besonders gefährlichen und vor Intensivtätern. Dieses Ziel wurde von der rot-grünen Landesregierung zugunsten einer falsch verstandenen Humanität aus dem Auge verloren. Die CDU wird diesem Ziel des Strafvollzugs wieder Rechnung tragen.

Ziel der CDU ist der Ausbau des Justizministeriums zu einem sogenannten Rechtspflegeministerium. Die Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit muß deshalb wieder in das Justizressort eingegliedert werden.

## Keine Freigabe von Rauschgiften

Die CDU spricht sich nachdrücklich gegen eine Freigabe und gegen die Entkriminalisierung des Erwerbs, Besitzes und des Konsums von Drogen aus. Bei der Förderung von Beratungsstellen und des Therapieangebotes bleibt die Drogenabstinenz oberstes Gebot. Bewährte Maßnahmen wie Substitution mit Methadon werden dort weitergeführt, wo Drogenkranken nicht anders geholfen werden kann. Alle Bestrebungen und Absichtserklärungen hinsichtlich des straffreien Erwerbs und Konsums von Drogen, z.B. Heroin und Kokain, werden abgelehnt. Eine offene Rauschgiftszene darf es in hessischen Städten und Gemeinden nicht geben.

## 4. Schule, Berufsbildung, Hochschule und Kultur

### Mut zur Erziehung

Jedem jungen Menschen muß die Chance offengehalten werden, sich seinen Anlagen, seinen Bedürfnissen und seinen Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln. Schule muß deswegen einen Beitrag zur Entfaltung der Persönlichkeit, zur Ausprägung von Begabungen und Befähigungen leisten. Erziehung ist in erster Linie Aufgabe der Familie, dennoch ist es wichtiger denn je, daß die Schule sich ihrer Erziehungsaufgabe bewußt ist und diese auch annimmt. Erziehung kann nur erfolgreich sein, wenn sie den über die Verfassung hinaus übereinstimmend anerkannten Werten, Tugenden und Zielen verpflichtet bleibt, wie

- der Ehrfurcht vor Gott und der Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen,
- Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn,
- Selbstvertrauen und Eigenverantwortung,
- Zivilcourage,
- Bereitschaft zur eigenen Anstrengung und Leistung,
- Hilfsbereitschaft und Höflichkeit,
- Rechtschaffenheit und Wahrhaftigkeit,
- Toleranz und Aufgeschlossenheit,
- Vaterlandsliebe und Weltoffenheit.

Diese Wertmaßstäbe, Tugenden und Ziele sind für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft unabdingbar. Eltern und Lehrer müssen durch ihr persönliches Vorbild zur Glaubwürdigkeit und zum Erfolg einer solchen Erziehung und Bildung beitragen. Die grundlegenden Erziehungsziele müssen den schulischen Alltag prägen. Sie schließen die Entwicklung und Förderung von Arbeitstugenden wie Zuverlässigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Ausdauer und Sorgfalt mit ein. Die Schule muß in die Lage versetzt werden, zunehmender Disziplinlosigkeit und Gewalt wirkungsvoll zu begegnen. Zur Erziehung gehört auch, daß junge Menschen erfahren, daß es Grenzen gibt.

Diese grundlegenden Erziehungsziele müssen die Lehrpläne durchdringen und Maßstab der rechtlichen Bestimmungen für das Schulwesen sein. Die pädagogische Verantwortung der Schule muß wieder betont werden.

Deshalb wollen wir

- die Rechte der Gesamtkonferenz, des Schulleiternbeirats und der Schülervertretung wiederherstellen und damit ein Kerstück demokratischer, pädagogischer Kultur wiedergewinnen. Die drei Säulen der Schulverfassung - Gesamtkonferenz, Elternmitbestimmung und Schü-

lervertretung - machen die Schulkonferenz überflüssig.

- die Position der einzelnen Lehrerin bzw. des einzelnen Lehrers stärken. Die pädagogische Freiheit darf nicht nur ein kollektiv erreichbarer Wert sein. Das Klassenlehrerprinzip muß wieder stärker Beachtung finden. Entscheidungskompetenz und Verantwortung müssen wieder zusammengeführt werden.
- die Schulaufsicht in Hessen einer qualitativen Prüfung unterziehen und der Bürokratie Einhalt gebieten. Das Prinzip der „kurzen Wege“ muß die Grundlage einer effizienten Schulaufsicht werden. Die staatliche Schulaufsicht muß wieder an die Schule herangeführt werden. Die Einsetzung der Schulleiterinnen und Schulleiter als Dienstvorgesetzte ist dazu ein wichtiger Schritt.

## Humane und leistungsfähige Schulen

Neben einer wertgebundenen Erziehung schafft eine fundierte Bildung und Ausbildung die Basis für das weitere Leben. Die Schule ist dabei auf eine positive Einstellung von Eltern, Lehrern und Schülern zum Leistungsgedanken angewiesen. Unterforderung ist für die Entwicklung von Kindern ebenso schädlich wie Überforderung. Die wichtigste Aufgabe der Schule besteht in der Vermittlung einer breiten fundierten Grundbildung, auf die weitere Aus- und Weiterbildung aufbauen kann.

Eine zukunftsweisende Schulpolitik, die den Kindern und Jugendlichen gerecht wird, muß sich auch an den Kriterien „Förderung zur Leistung“ und „Vielfalt im Schulwesen“ orientieren.

Leistung ist das gerechteste Auswahlprinzip im Bildungswesen. Wer dagegen den Leistungsverfall zuläßt oder ihn propagiert, betrügt junge Menschen um die Chance persönlicher Entfaltung.

Die Schule muß die dem Alltag, dem Entwicklungsstand und den Fähigkeiten der Kinder angemessenen Leistungen verlangen. Nur ein Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungsvermögen von Kindern durch unterschiedliche Anforderungen entspricht, erfüllt den Anspruch der Humanität. Die Schule schafft Grundlagen für den sozialen Leistungsgedanken: Denn nur wenn die Begabten befähigt werden, Überdurchschnittliches zu leisten, kann den Schwachen in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein gesichert werden. Der Leistungsgedanke ist ebenso Element der Solidargemeinschaft wie der Persönlichkeitsbildung.

Für die Vielfalt der Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen muß ein Schulwesen mit unterschiedlichen Schulformen bereitstehen. Die Einheitsschule darf es nicht geben. Schulformen sollen ein klar erkennbares Bildungsprofil und dazugehörige Abschlüsse anbieten. Ein gerade in Hessen wichtiger Prüfstein für die Geltung des

Elternrechts ist die Schulwahlfreiheit. Freiheit braucht Vielfalt. Das Erziehungsrecht der Eltern besteht in der Freiheit, im Rahmen der Eignung zwischen verschiedenen, in ihren Profilen klar erkennbaren Bildungswegen, im Anschluß an die vierjährige Grundschule entscheiden zu können.

Wir wollen

- das Recht auf Schulfreiheit für alle hessischen Eltern wieder herstellen und in der Weise durchsetzen, daß den Eltern die Bildungswege der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums ab Klasse 5 flächendeckend in Hessen angeboten werden.

- wir wollen das Betreuungsangebot für Grundschüler fortführen. Träger von Betreuungsangeboten sind die Schulträger, und das Land fördert diese Maßnahmen. Der Einsatz von Lehrern muß weiterhin dem eigentlichen Unterricht vorbehalten bleiben.

- daß additive Gesamtschulen in ihrem Aufbau das gegliederte Schulwesen widerspiegeln. Auch integrierte Gesamtschulen müssen in ihren Bildungszielen und in der Qualität ihrer Abschlüsse den Anforderungen des gegliederten Schulwesens entsprechen.

- die für den Übergang nach Klasse 4 in weiterführende Schulen maßgebliche Eignung von der abgebenden Schule verbindlich feststellen lassen. Bei unterschiedlicher Auffassung zwischen Lehrervotum und Elternwunsch erfolgt die Klärung in einem geeigneten Verfahren, wie es z.B. die Probewoche darstellt. Die CDU ist auch bereit, andere Verfahren zu prüfen.

- eine grundsätzliche Neubestimmung auf die Qualität der schulischen Abschlüsse. Dazu wird die CDU Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Schulzweige der Gesamtschulen in ihren Profilen stärken, verbindliche Mindestanforderungen durchsetzen und auf die Vergleichbarkeit der Abschlüsse in Hessen und über die Landesgrenzen hinaus achten. Dabei muß die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen gewährleistet sein.

- für die unterschiedlichen Schulformen mit ihren unverwechselbaren Profilen entsprechende schulformbezogene Stundentafeln und Lehrpläne. Die Stundentafeln, die in ihrem Umfang auf keinen Fall weiter gekürzt werden dürfen, müssen so angelegt sein, daß sie inhaltlich und organisatorisch differenziert zu den unterschiedlichen Abschlüssen hinführen.

- knapp gefaßte Lehrpläne, die frei sind von übertriebenen wissenschaftlichen Anforderungen und den Lehrstoff altersgemäß darstellen. Sie müssen an den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schüler und an den unterschiedlichen Bildungszielen und Abschlüssen der Schulen ausgerichtet sein.

Wir werden

- die berufliche Bildung als Kernstück der CDU-Politik in Hessen aufwerten. Unser duales Ausbildungssystem, das in der ganzen Welt nachgeahmt wird, ist ein entscheidender Bestandteil der hohen Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Deshalb müssen die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Anpassung an die ständig steigenden Anforderungen in der Aus-, Weiter- und Fortbildung geschaffen werden. Dazu gehört die bessere Ausstattung der beruflichen Schulen, der überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten sowie die Unterstützung der Ausbildungsanstrengungen der Betriebe. Nicht die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung, sondern die gleichwertige Förderung trägt zur Aufwertung der beruflichen Bildung bei.

- die Berufsschule als Lernort den wirtschaftlichen und technischen Erfordernissen anpassen und fachgerecht ausstatten. Die CDU wird sich dafür einsetzen, die Zusammenarbeit der Lernorte und die Unterstützung durch zu gründende Fördervereine zu verstärken. Die CDU wird ein Sonderprogramm auflegen, das die Fachschulen fördert und ihnen erlaubt, dem immer stärker werdenden Bedarf

von Fort- und Weiterbildung Rechnung zu tragen.

- die individuelle Förderung zur Verbesserung der Berufschancen vorantreiben. Die berufliche Bildung bedarf dazu in Betrieb und Schule stärkerer Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders Begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche. Der Zugang besonders qualifizierter Berufstätiger auch ohne Abitur zur Hochschule muß ausgebaut werden.
- mit der Förderung behinderter Kinder ihre Eingliederung in die Gesellschaft und in das Berufsleben ermöglichen. Die verschiedenen Sonderschulformen sind das Regelangebot für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Sie sind zu erhalten, auszubauen und personell so auszustatten, daß sie ihren pädagogischen Auftrag erfüllen können und akzeptiert werden. Behinderte Kinder, die durch entsprechende sonderpädagogische Förderung das Lernziel der jeweiligen Regelschule erreichen können, sollen soweit wie möglich gemeinsam mit nicht-behinderten Kindern unterrichtet werden. Ein zum Prinzip erhobener gemeinsamer Unterricht auch geistig- und lernbehinderter Kinder mit nicht-behinderten Kindern in der Regelschule ist abzulehnen. Mit ihrem sonderpädagogischen Konzept verfolgt die CDU das Ziel, auch behinderten Kindern die Ausbildung und Förderung zuzukommenzulassen, die ihren jeweiligen individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechen.
- Angebote der allgemeinen Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung werden immer stärker nachgefragt. Im hessischen Volkshochschul- und im Erwachsenenbildungsgesetz bekennt sich das Land zu diesem Bereich der Bildungspolitik durch die Verpflichtung, die Erwachsenenbildung in ihrer bildungspolitischen Infrastruktur zu unterstützen. Von dieser selbstgesetzten Verpflichtung hat sich Hessen unter der rot-grünen Landesregierung zunehmend entfernt. Die CDU wird sich dieser Verpflichtung wieder annehmen und die allgemeine, politische, berufliche und kulturelle Erwachsenenbil-

dung angemessen fördern, damit die Volkshochschulen sowie die anerkannten freien und kommunalen Träger der Erwachsenenbildung zeitgemäße und bedarfsgerechte Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten können.

### **Unterrichtsausfall bekämpfen - die ökonomische Krise meistern**

Schule muß immer die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Auge behalten. Auch die Schule muß den sich verändernden Realitäten Rechnung tragen und sich in der Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler weiterentwickeln. Unser Land steht vor einer großen ökonomischen Herausforderung. Innerhalb des nächsten Jahrzehnts steigen die Schülerzahlen um etwa 20 Prozent. Gleichzeitig ist der Unterrichtsausfall bedrückende Realität an den Schulen in Hessen. In dieser schwierigen Lage müssen alle Ausgabenbereiche des Schulwesens kritisch durchleuchtet werden. Tatsache ist, daß derzeit nur 80 von 100 hessischen Lehrerstellen für den Regelunterricht verwendet werden. Allein über 4.000 Stellen werden zur Entlastung für außerunterrichtliche Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer benötigt, noch einmal 3.300 Stellen werden für sogenannte „Reformprojekte“ und „Sondermaßnahmen“ verbraucht.

Wir wollen,

- daß im Interesse der Kinder in hessischen Schulen möglichst keine Unterrichtsstunden mehr ausfallen. Da die finanzielle Situation des Landes in den kommenden Jahren die Schaffung neuer Lehrerstellen nicht mehr erlaubt, müssen im hessischen Schulwesen Privilegien abgebaut und Stellenmißbrauch bekämpft werden.
- eine Schule für alle. Die Versorgung des Regelunterrichts, der allen Schülern zugute kommt, muß wieder Vorrang haben vor Sondermaßnahmen, in deren

Genuß nur bestimmte Schülergruppen gelangen und die zudem einen hohen finanziellen und personellen Aufwand erfordern.

- auch die kostspieligen Organisationsformen des Regelunterrichts einer Überprüfung unterziehen; dazu gehört auch der Lehrermehrbedarf an den integrierten Gesamtschulen und die Neuordnung der reformierten Oberstufe.
  - die Zahl der Lehrerstellen erhalten. Von 44.000 Lehrerstellen in Hessen sind nur 37.000 im Regelunterricht wirksam. Wir wollen den außerunterrichtlichen sowie den Zusatz- und Sonderbedarf abbauen und diese Stellen soweit wie möglich dem Regelunterricht zuführen.
  - daß durch die Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften und den Möglichkeiten moderner Technologie die Grundlage für das Verständnis von Natur und Technik geschaffen wird. Dieses Verständnis ist auch Voraussetzung für den verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung.
  - daß die zunehmende Rolle der Kommunikations- und Informationstechniken durch eine qualifizierte informationstechnische Grundbildung in der Schule Beachtung findet. Um mit den Medien wie mit der Vielfalt an Informationen, Meinungen und Leitbildern umgehen zu können, brauchen Jugendliche Hilfe; Erziehung heißt auch Erziehung zur Fähigkeit im Umgang mit Informationen und Medien.
- Sollten alle Umschichtungsmaßnahmen keine ausreichende Unterrichtsversorgung gewährleisten, sind differenzierte Arbeitsmodelle in Erwägung zu ziehen. Bildung dient der Entwicklung und der Entfaltung der Persönlichkeit und darf auch die Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht übersehen, denn sie ist nicht zuletzt auch vorbereitend für den Beruf. Im Interesse der jungen Generation muß dieses Gleichgewicht gewahrt bzw. wiederhergestellt werden. Die Situation heute ist durch eine Auseinanderentwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystemen gekennzeichnet. Alarmierende Signale sind:
- die rückläufige Zahl von Ausbildungsplätzen

## Hessen braucht leistungsfähige Hochschulen

Die wissenschaftliche Ausbildung junger Menschen und die Forschungsleistung der hessischen Hochschulen sind ein Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Nur wenn die Hochschulen und Forschungsinstitutionen in Hessen Spitzenplätze einnehmen, kann Hessen seine Position im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte halten oder gar verbessern. An den hessischen Hochschulen ist in dieser Legislaturperiode die zuvor positive Entwicklung weitgehend zum Stillstand gekommen. Dringend notwendige Weichenstellungen für die Hochschulen und Reformen an den Hochschulen sind nicht in Angriff genommen worden. Um die Chancen der nächsten Generationen im weiteren europäischen und globalen Wettbewerb nicht zu gefährden, muß schnell und entschlossen gehandelt werden.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird schrittweise die Autonomie der Hochschulen verstärken, die einerseits den Hochschulen Entscheidungsbefugnisse gibt, aber andererseits auch mehr Übernahme von Verantwortung einfordert.

- Dazu gehört das eigene Budget, das in Form eines Globalhaushaltes den Hochschulen durch eine selbstverantwortliche Zuweisung der Finanzmittel eine wichtige Steuerungsmöglichkeit für eine effiziente strukturelle Reform der Hochschule an die Hand gibt.

- Dazu gehören ebenso Mitwirkungsrechte der Hochschulen bei der Auswahl der Studienbewerber, vor allem in den Fachbereichen, in denen die Zahl der Bewerbungen die Kapazität übersteigt, bzw. bei der Auswahl und Förderung des akademischen Mittelbaus.

- Wir wollen durch Anreize die Studierbarkeit der einzelnen Studiengänge in Regelstudienzeiten wieder herstellen. Zwischenprüfungen, die Erweiterung der von der CDU durchgesetzten „Freischußregelungen“ in der Rechtswissenschaft auch auf die Studiengänge in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bzw. Geistes- und Kulturwissenschaften bei Einhaltung der Regelstudienzeiten sind Wege dazu. Wir brauchen klare Regelungen der Wiederholbarkeit von Leistungsnachweisen und die Begrenzung von Prüfungszeiten sind Wege dazu. Zusätzliche Leistungsanreize für Studenten bei schnellem Studium ergänzen diese Maßnahmen.

- der Mangel an Facharbeitern,
- die verschlechterten Einstellungs- und Berufsaussichten für Hochschulabsolventen und
- die Beschäftigung von Akademikern auf Positionen, für die kein Hochschulstudium notwendig gewesen wäre.

Diese scherenartige Entwicklung führt zu enttäuschten Erwartungen junger Menschen und schadet auch der Wirtschaft. Um die Zukunftschancen der jungen Generation zu verbessern, müssen Bildungs- und Beschäftigungssystem wieder in größere Übereinstimmung gebracht werden.

Europa wird durch offene Grenzen, Freizügigkeit und Zusammenarbeit ein Handlungsfeld der Zukunft. Europa schafft Chancen für Mobilität, z.B. für Studium und berufliche Tätigkeit im Ausland. Europa verlangt aber auch Mobilität und Wettbewerbsfähigkeit im größeren Rahmen. Für die Schule sind damit neue Anforderungen verknüpft. Sie muß jungen Menschen die Fähigkeiten vermitteln, die es ihnen ermöglichen, ihre Chancen in Europa wahrzunehmen und in der europäischen Konkurrenz bestehen zu können.

Wir wollen

- die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen verbessern,
- die Geschichte und Kultur der europäischen Nachbarn im Unterricht stärker berücksichtigen,
- im Rahmen der politischen Bildung mehr Gewicht auf die europäischen Institutionen und die Felder der europäischen Politik legen,
- die Fähigkeit festigen und weiterentwickeln, mit Menschen anderer Nationalität und anderem kulturellen Hintergrund zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten.
- die Ausbildungszeiten in Deutschland, die im europäischen Vergleich zu lang sind, verkürzen. Zielsetzung der Hessischen CDU bleibt deshalb weiterhin die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre.

- Eine CDU-geführte Landesregierung wird einen Hochschulentwicklungsplan mit örtlichen und zeitlichen Vorgaben bei gleichzeitiger Förderung privater Hochschulstudiengänge vorlegen. Dem strukturellen und qualitativen Ausbau der Hochschulen durch Tutorien, Studienfachberatungen, Bibliotheken und durch bessere technische Ausstattungen muß dabei Priorität eingeräumt werden.

- Das Angebot, insbesondere an Fachhochschulstudiengängen, soll verbessert werden. Schwerpunkte sind dabei die Überprüfung des Standortkonzeptes und die Ausweitung des Praxisbezuges von Professoren und Studenten. Der Technologietransfer leistet dabei in beide Richtungen wertvolle Dienste; hierfür gilt es, den Austausch von Lehrkräften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft voranzutreiben und flexibler zu handhaben. Generell sind Verbundmodelle zwischen beruflicher Ausbildung, Weiterbildung und Fachhochschulstudium zu fördern.

- Die CDU wird Berufsakademien in Hessen einrichten, die Studenten innerhalb von kurzen Zeiträumen einen akademischen Abschluß ermöglichen. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, daß die Arbeitsplatzchancen für Absolventen ausgezeichnet sind.

- Wir wollen die Präsidial- bzw. Rektoratsverfassung an den hessischen Hochschulen effizienter gestalten. Der auf vier Jahre gewählte Rektor bzw. Präsident der Hochschule soll wieder verstärkt Vertretungs- bzw. Repräsentationsaufgaben übernehmen und nur einmal wieder wählbar sein. Auch die Dekane sollen bei zweijähriger Amtszeit nur zweimal wieder wählbar sein, damit eine gleichmäßigere Lastenverteilung der Professoren in den Fachbereichen sichergestellt wird. Der Kanzler an den Hochschulen soll im Zuge der neugewonnenen Finanzautonomie gestärkt und auf jeweils zehn Jahre gewählt werden.

- Die forschungspolitische Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen bzw. der Wirtschaft muß verbessert und die Effizienz des Einsatzes staatlicher Forschungsmittel gesteigert werden. Die Einwerbung von Drittmitteln sollte dahingehend unterstützt werden, daß die Mittel den Universitäten zur Eigenverwendung zur Verfügung stehen. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung sollten dabei verbunden sein.

- Wir werden flexible Modelle zur Verbesserung kostengünstiger Wohnungsangebote in Studentenheimen und anderer staatlicher oder privater Wohnheime fördern.

### **Kulturförderung trotz knapper Kassen**

Kulturpolitik unterstützt die Bedingungen für die Entwicklung des Menschen, sein eigenes Leben und sein Zusammenleben mit anderen. Auch in Zeiten knapper Kassen darf der Konsens über die Bedeutung der Kulturpolitik für Hessen nicht verlorengehen.

Wir wollen

- die Vielfalt der hessischen Theaterlandschaft erhalten. Um die ökonomische Basis der Staatstheater und städtischen Theater zu verbreitern, sollen sie aus dem öffentlichen Dienst herausgelöst und in Betriebsformen überführt werden, die ein eigenverantwortliches Arbeiten ermöglichen und die persönliche Verantwortung ihrer Leiter und Intendanten vergrößert. Die Theater sollen mit Zuschüssen ausgestattet werden, die für mindestens drei Jahre festgelegt sind, um so erfolgreiches Wirtschaften für das einzelne Theater attraktiv zu machen. Unverzichtbar bleibt die Unterstützung von Festspielen sowie die Erhaltung der vielen kleinen Bühnen in privater Hand.
- sicherstellen, daß öffentliche und private Museen ihren Aufgaben des Sammelns, Forschens und Präsentierens gerecht werden können. Es geht dabei vor allem darum, die Mittel effizient einzusetzen. Der Prozeß

der Strukturveränderung der Museen wird unterstützt, die stärkere Vernetzung der kulturellen Aktivitäten einer Region und die freiwillige Kooperation der Museen untereinander werden gefördert.

- die musisch-künstlerische Bildung junger Menschen verbessern. Musikschulen sind wichtige Träger bei der Erfüllung dieser kulturellen Aufgabe. Es ist das Ziel der CDU Hessen, in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Musikschulverband und den Kommunen ein Konzept zu erarbeiten, das die Versorgung in allen Teilen Hessens sicherstellt.
- das fruchtbare Miteinander professioneller und ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich fördern. Das ehrenamtliche Engagement ist eine wichtige Bereicherung und Ergänzung, ohne das das kulturelle Leben in Hessen ärmer wäre. Die vielen Vereine, wie z. B. die regionalen und überregionalen Sängerbünde, verdienen unsere Unterstützung.
- die Denkmale als lebendige Zeugen der Geschichte unseres Landes bewahren. Zwischen den staatlichen Auflagen des Denkmalschutzes und den privaten Interessen und Notwendigkeiten muß jederzeit eine sorgfältige Abwägung stattfinden.
- Die öffentlichen Bibliotheken in Hessen stehen in der Grundversorgung der Bevölkerung mit Büchern im bundesweiten Vergleich unter Verantwortung der rot-grünen Landesregierung mit an letzter Stelle — Hessen ist bibliothekarisch ein Entwicklungsland. Die CDU Hessen will die Versorgung, vor allem im ländlichen mittelhessischen Raum, Zug um Zug verbessern. Die Bibliotheken müssen untereinander bereit sein, eine Art von Zweckverbänden zu bilden, die der Bevölkerung eine breite Literaturversorgung garantieren. Es müßte erreicht werden, daß alle Bibliotheksträger in gegenseitiger Absprache neue regionale Schwerpunkte bilden.

### **Partner der Heimatvertriebenen und deutschen Aussiedler**

Hessen ist Heimat für viele Heimatvertriebene, Flüchtlinge und deutsche Aussiedler geworden. Diese Menschen haben unser Bundesland mit aufgebaut. Sie haben mit der Bewahrung ihrer Kulturgüter die Kultur unseres Landes bereichert. Sie verdienen weiter unsere Unterstützung. Es kommen weitere deutsche Aussiedler zu uns. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Die CDU Hessen sieht sich als Partner für die Heimatvertriebenen, die deutschen Aussiedler und die im östlichen Ausland lebenden deutschen Volksgruppen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die wertvolle Arbeit der Heimatvertriebenenverbände würdigen und angemessen unterstützen. Die Kürzungen der rot-grünen Landesregierung um rund 50 Prozent werden wir rückgängig machen und Mittel in der Höhe zur Verfügung stellen, wie sie die frühere CDU-Regierung vorgesehen hatte. Die 1990 von der CDU-geführten Landesregierung übernommenen Patenschaften über die Landsmannschaft der Deutsch-Balten und der Landsmannschaft Weichsel-Warthe müssen ernstgenommen werden. Wir wollen, daß im Sinne einer wahren Verständigung und im Sinne eines gerechten Ausgleichs die Heimatvertriebenen ihr kulturelles Erbe bewahren und ihre gerechten Anliegen auch politisch vertreten können.

### **Medienpolitik**

Die CDU will, daß Hessen als Medienstandort eine bundespolitische Bedeutung behält und ausbaut — nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Bedeutung der Medien für den Wirtschaftsstandort Hessen. Erst durch die Regierung Wallmann wurde Privatrundfunk in Hessen möglich. Das von SPD und GRÜNEN veränderte Privatrundfunkgesetz hat zum Ziel, den staatlichen Einfluß auf den privaten Rund-

funk in Hessen zu vergrößern. Die CDU wird das Privatrundfunkgesetz neu fassen, um die notwendige Staatsferne wiederherzustellen.

Die CDU will die Wettbewerbsfähigkeit der privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten auch für die Zukunft sichern. Frequenzen, die in Hessen verfügbar sind oder verfügbar werden, müssen unverzüglich öffentlich ausgeschrieben und vergeben werden.

Der Wettbewerb der Fernsehanstalten hat dort ein Ende, wo Rechtsbewußtsein und Menschenwürde durch Sendungen verletzt werden. Die CDU wird dafür sorgen, daß in den Rundfunkstaatsverträgen und im Landesrundfunkgesetz dem Jugendschutz und dem Schutz der Menschenwürde ein höher Stellenwert eingeräumt wird. Eine wirksame Kontrolle zur Beachtung dieser Werteorientierung in den Sendungen der Rundfunk- und Fernsehanstalten ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen. Die unerträglichen Gewaltdarstellungen im Fernsehen müssen aufhören.

## 5. Die Freiheit der Kommunen stärken, Bürokratie abbauen

### Mehr Entscheidungsräume für Kommunen

Politik auf der kommunalen Ebene muß zu schnellen und sachgerechten Problemlösungen führen, sie muß vor allem pragmatisch betrieben werden. Deswegen müssen die kommunalen Rechte und die kommunalen Entscheidungsspielräume gestärkt werden. Die von der CDU eingeführte Direktwahl der Bürgermeister ist ein sichtbares Zeichen dafür. Die Rechte der direkt gewählten Bürgermeister werden weiterentwickelt, indem ihnen ein eigenes Vorschlags-Initiativrecht in den Kommunalparlamenten eingeräumt wird. Weiterhin bedarf es der weitgehenden Zurückverlagerung der Planungszuständigkeit auf die Kommunen. Die Gängelung der Kommunen durch die rot-grüne Töpfchenwirtschaft muß beendet werden.

Die CDU will dauerhaft weniger Richtlinien und Vorgaben. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir zunächst für einen begrenzten Zeitraum Verordnungen und Richtlinien aussetzen, mit denen überzogene bürokratische Standards begründet werden. Dies gilt beispielhaft für die Kindergartenrichtlinien, die durch überzogene Standardsetzungen Kindergartenplätze zu teuer machen und so die Einrichtung zusätzlicher Plätze verhindern.

Die CDU Hessen wird in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Kommunen den kommunalen Finanzausgleich überarbeiten, um ein den heutigen Lasten angemessenes Ausgleichssystem zu schaffen.

### Modernes öffentliches Dienstrecht notwendiger denn je

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für eine Reform des gesamten öffentlichen Dienstrechts einsetzen. Dies gilt sowohl für die Tarifver-

träge im öffentlichen Dienst (BAT, MTB u. a.) – dafür bedarf es des Zusammenwirkens der Tarifvertragsparteien – wie auch für das ganze Beamtenrecht. Der Aufstieg in höhere Besoldungs- bzw. Tarifgruppen ist künftig nicht mehr allein von der Übernahme von Personal- und Führungsverantwortung abhängig zu machen. Es muß gewährleistet sein, daß künftig die individuelle Bezahlung weit mehr an die Qualität und Effizienz der jeweiligen Tätigkeit gekoppelt ist. Die künftige Aufgabenstellung des öffentlichen Dienstes macht eine Überprüfung des personalvertretungsrechtlichen Instrumentariums erforderlich. Die Regelungen des von der CDU-geführten Landesregierung vorgelegten Hessischen Personalvertretungsgesetzes hatten sich bewährt. Die von Rot-Grün in der Zwischenzeit vorgenommenen Änderungen werden korrigiert. Mehr noch als damals muß heute auf veränderte Anforderungen kurzfristig und flexibel reagiert werden können. Das führt dazu, daß der einzelne mehr Entfaltungsraum, aber auch mehr Verantwortung bekommt.

### Hessens Verwaltung wird schlank und effizient

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst und eine leistungsfähige Verwaltung sind für die Zukunft unseres Staates und des Wirtschaftsstandortes Hessen, vor allem aber auch für die Bürger von zentraler Bedeutung. Die „Landesverwaltung Hessen 2000“ muß sich als modernes Dienstleistungsunternehmen verstehen und den Bürger als „Kunden“ ansehen. Schleppende Genehmigungsverfahren, eine bürger- und unternehmensunfreundliche Verwaltung und knappe Kassen zwingen dazu, die bisherigen Verwaltungsaufgaben und den bisherigen Verwaltungsablauf des Landes zu überprüfen und neu zu ordnen. Das bedeutet nicht den Rückzug des Staates aus seiner grundlegenden Verantwortung für den öffentlichen Bereich. Ziel ist es vielmehr, Reserven auszuschöpfen, dem einzelnen mehr Verantwortung zu geben und die erforderlichen Dienstleistungen flexibel zu organisieren. Dazu müssen entbehrliche Verwaltungsaufgaben abgebaut werden, Verfahrensregelungen und -abläufe gestrafft sowie weiter vereinfacht werden. Viele vom Staat bisher erfüllte Aufgaben können von privaten Unternehmen übernommen werden.

Die CDU wird

- eine gestraffte, effiziente und bürgernahe Verwaltung schaffen, bürokratische Erschwernisse durch ein modernes Verwaltungsmanagement abbauen und ein effizientes Controlling-System einrichten.
- die Verwaltungsstruktur verbessern. Durch den Abbau überflüssiger Regulierungen und durch zielgerichtete Verfahren werden wir Verwaltungsabläufe straffen und beschleunigen. Wir wollen ausschließen, daß mehr als zwei Verwaltungsebenen mit derselben Sache befaßt werden.
- die Arbeitsbedingungen der Bediensteten im öffentlichen Dienst verbessern. Die Erhöhung ihrer Motivation führt letztlich zu einer größeren Leistungskraft der Verwaltung. Dazu gehört auch eine leistungsgerechte Besoldung, die künftig auf einer Kombination von

Dienstalters- und Leistungsstufen beruhen soll. Die Laufbahnen müssen durchlässiger werden.

- den Umlandverband Frankfurt im Hinblick auf seinen räumlichen Zuschnitt, seine Aufgabenzuweisung und seine Organstruktur auf den Prüfstand stellen.
- die Genehmigungsverfahren durch ein effizientes Projektmanagement vereinfachen und beschleunigen. Mittel dazu sind vor allem: Antragskonferenz, verstärkte Berücksichtigung anerkannter privater Sachverständiger, Einführung von Typgenehmigungen oder allgemeine Begutachtungen, „Sternverfahren“, Fristsetzung für die Stellungnahmen der beteiligten Behörden, Begrenzung der fachlichen Stellungnahmen und ständige Begleitung und Durchforstung der Genehmigungsverfahren unter Einbeziehung externer Unternehmensberater.
- die Hessische Gemeindeordnung – insbesondere den §121 – ändern, um die bisher von den Gemeinden selbst wahrgenom-

menen Aufgaben in anderen wirtschaftlichen Organisationsformen effizienter ausführen zu können.

- öffentliche Aufgaben privatisieren. Dies bedeutet vorrangig die Überführung öffentlicher Aufgaben, z. B. Teile des Staatshochbaus, der Staatsbauverwaltung, der Staatsbäder, die Kfz-Werkstätten der Polizei, Kantinen, Wartung des Fuhrparks, Eichverwaltung, Datenverarbeitung (Rechenzentrum), Gebäudereinigung, Grünflächenpflege, landwirtschaftliche Bodenuntersuchung oder Materialprüfungen in private Hand.

Privatisierung soll nicht nur dann ins Auge gefaßt werden, wenn bisherige Aufgaben durch Private bei gleichem Standard billiger erbracht werden, sondern auch bei neu auf die Gemeinden zukommenden Aufgaben. Es ist Aufgabe des Staates, zu garantieren, daß erforderliche Leistungen kostengünstig erbracht werden – gleichgültig, ob sie von Privaten oder von der öffentlichen Hand erstellt

werden. Gerade aus den neuen Bundesländern gibt es eine Vielzahl von Beispielen, in denen bisher vom Staat wahrgenommene Aufgaben – wie z. B. Bau und Betrieb von Abwasserreinigungsanlagen – von Privaten erfolgreich und kostengünstig erbracht werden.

### **Kommunalverfassung reformieren**

Die CDU will die Rechte der direkt gewählten Bürgermeister und Landräte stärken. Eine Änderung des Kommunalverfassungsrechts ist deshalb unumgänglich.

Die CDU will dem Direktgewählten deshalb

- ein eigenes Antragsrecht in der kommunalen Vertretungskörperschaft,
- eine umfassende Geschäftsverteilungskompetenz sowie ein unbedingtes Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Gemeindevorstandes

einräumen. Die CDU will auch die kommunale Wahlperiode auf fünf Jahre verlängern und die direkte Persönlichkeitswahl (Kümü-

lieren und Panaschieren bzw. Wahl der Hälfte der Kandidaten in Wahlkreisen) einführen. Die Union verspricht sich von dieser direkten Persönlichkeitswahl größere Mitwirkungsmöglichkeiten jedes einzelnen Bürgers bei den jeweiligen Kommunalwahlen.

## **6. Mehr Wohnungen durch neue Wege**

Ein gutes und preisgünstiges Wohnungsangebot auch in den Ballungszentren ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben. Langfristige Rahmenbedingungen für Investitionen im Wohnungsbau müssen Sicherheit bieten. Eine Flexibilisierung der Mieten wie der Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau ist angezeigt, da unflexible Vorschriften dazu führen, daß die Wohnungssuche vieler, wie z. B. von Familien mit Kindern oder von Facharbeitern in Ballungsge-

bieten, ohne Erfolg ist. Ganz im Gegensatz zur Wohnungspolitik der CDU-geführten Bundesregierung setzte die rot-grüne Landesregierung auf eine starre Förderung mit langen Bindungsfristen und vernachlässigte dadurch marktgerechte und einkommensorientierte Modelle.

In regionalen Raumordnungsplänen wurden zuwenig Wohngebiete ausgewiesen, und der Bau von Wohnungen wurde durch zusätzliche Anforderungen des Bauberechts erschwert. In Zukunft wird es vor allem darum gehen, zusätzliches privates Kapital für den freifinanzierten ebenso wie für den sozialen Wohnungsbau zu mobilisieren. Die ausreichende Bereitstellung von Bauland muß Investitionen am Markt für Mietwohnungen wie Wohneigentum ermöglichen. Der Verkauf preisgünstigen Baulands durch die Kommunen, die verstärkte Über-

lassung von Bauland im Wege des Erbbaurechts, ein verschlanktes Baurecht sowie die Öffnung von entsprechenden Fördermodellen für junge Familien markieren den Weg der CDU-Wohnungspolitik. Der Einsatz von privatem Kapital setzt eine hinreichende Rendite und Verfügungssicherheit über das Eigentum voraus. Deswegen sind für neu zu errichtende freifinanzierte Wohnungen die lenkenden Maßnahmen des Staates schrittweise aufzugeben, damit das Engagement großer Wohnungsbau-gesellschaften, Lebensversicherungen, aber auch von privaten Bauherren mit kleineren Objekten zur persönlichen Altersvorsorge wiedergewonnen werden kann. Wir werden uns auch für eine Freistellung bei der Erbschaftsteuer einsetzen, soweit die davon betroffenen Mittel binnen Jahresfrist dem Wohnungsneubau zugeführt werden. Damit soll ein größerer Anreiz geschaffen werden, zumindest einen Teil der gewaltigen Vermögensübertragungen in der Bundesrepublik Deutschland von über zwei Billionen DM bis zum Jahr 2000 aus Erbfällen dem Woh-

nungsneubau zuzuführen.

Wir wollen

- daß der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau nicht auf die untersten Einkommensgrenzen eingeengt wird. Die Versorgungsprobleme eines neuen Arbeitnehmermittelstandes mit erschwinglichem Wohnraum müssen gelöst werden. Die Bundesregierung hat dazu neue Regelungen geschaffen, die jetzt unverzüglich in den Ländern umgesetzt werden müssen. Daher will die CDU Hessen die Belegung von Sozialwohnungen unabhängig von starren Einkommensgrenzen auch in Hessen neu gestalten. Der Weg der einkommensabhängigen Mieten löst dabei gleichzeitig wenigstens für die Zukunft das Problem der Fehlbelegung. Zudem wird geprüft werden, inwieweit Mittel des sozialen Wohnungsbaus für ein „Wohnungsbausonderprogramm“ (z. B. für soziale Dienstleistungsberufe, Polizei-, Justizangehörige) reserviert werden können.
- die Bildung von Wohneigentum zugunsten breiter Schichten der Bevölkerung verbessern. Dabei ist der Förderung von Familien mit Kindern Vorrang einzuräumen. Durch Eigenkapitalbeihilfen können für diesen Personenkreis neue Wohnungen geschaffen und gleichzeitig der Einsatz privaten Kapitals verbessert werden.
- zusätzliches Bauland durch eine Überarbeitung der regionalen Raumordnungspläne gewinnen und den Kommunen finanzielle Anreize (z. B. über den kommunalen Finanzausgleich) geben, Wohnbauland bereitzustellen. Dabei sollen Wohn- und Gewerbegebiete so ausgewiesen werden, daß sie sich an den gegebenen Infrastrukturen orientieren, zumindest aber bereits vorhandenen Siedlungs- und Gewerbebereichen zugeordnet werden.
- eine flexiblere, unbürokratische und den Bedürfnissen vor Ort gerecht werdende Planung

durch ein neues Landesplanungsgesetz ermöglichen, das den Kommunen mehr Kompetenz zuweist.

- daß frei werdende Kasernengelände verstärkt von Gemeinden zur Umsetzung kommunaler Bauvorhaben genutzt werden können.
- privates Kapital auch für zusätzliche Sozialwohnungen gewinnen, indem die Bindungsfristen auf 10 Jahre verkürzt werden; auch dem Werkwohnungsbau ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.
- durch landespolitische Maßnahmen dazu beitragen, daß Bauen billiger wird. Dazu gehört die Streichung der in Hessen erhobenen Ausgleichsabgabe für Naturschutz in innerstädtischen Bereichen genauso wie die Ent-rümpelung des Bau- und Baunebenrechts. Durch Verbesserung der Hessischen Bauordnung ist überdies zu erreichen, daß Baugenehmigungsverfahren so vereinfacht werden, daß die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hessen gesteigert wird.

## 7. Den sozialen Wandel aktiv gestalten

Jeder soll sein Leben in Freiheit, eigener Verantwortung und unter würdigen Bedingungen führen können. Diesem Ziel dient soziale Gesellschaftspolitik: Strukturen schaffen, die Freiheitsräume, Räume der Selbst- und Mitverantwortung, sozialen Frieden und Gerechtigkeit sichern.

Grundprinzipien unserer sozialen Gesellschaftspolitik sind Solidarität und Subsidiarität. An diesen Zielen und Prinzipien orientiert sich auch die soziale Gesellschaftspolitik für Hessen.

Besonders in den Jahren knapper Ressourcen braucht diese Politik Prioritäten, hohe Zielgenauigkeit und Augenmaß. Dabei muß auch das Wirtschaftlichkeitsprinzip im Dienste der Sozialpolitik stehen. Soviel Hilfe und Unterstützung aus knappen Mitteln gewinnen wie möglich, effizient fördern und intelligente Anreize schaffen. Prävention und Vorbeugung stehen aber im Vordergrund.

Weder mit der Anwendung des „Gießkannenprinzips“ noch mit einer einseitigen Klientel-Bedienung kann der soziale Wandel aktiv gestaltet werden. Die Landespolitik muß wieder den Mut haben, sich nicht zum Anwalt beliebiger Forderungskataloge zu machen, sondern sich mit Ehrlichkeit, Vertrauenswürdigkeit und Offenheit den wirklichen Problemen zu stellen.

Ebensowenig darf staatliche Förderung gesellschaftliches und privates Engagement verdrängen. Die Förderung muß verstärkt unter dem Gesichtspunkt gewertet werden, daß sie ein Anreiz für die Entfaltung eigener Initiative bietet (Hilfe zur Selbsthilfe). Auch die Bedingungen für den Einsatz privaten Kapitals für soziale Dienstleistungen sind zu verbessern, wenn dadurch bei mindestens gleicher Qualität die Reichweite der Versorgung erhöht werden kann. Staatliche Leistungen müssen immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie an der richtigen Stelle und in der richtigen Höhe ausgegeben werden.



Durch die rot-grüne Landesregierung wurde eine Sozialpolitik betrieben, die sich weniger an den Bedürfnissen der sozial Schwächeren als vielmehr an tagespolitischen Schlagzeilen ausrichtete. Die Forderung nach Freigabe von Drogen oder die Bezuschussung von schwul-lesbischen Aktionstagen sind Ausdruck rot-grüner Spielwiesen. Dagegen wurden die Landesförderung für die Stiftung „Mutter und Kind“ und die Elternentlastung im Kindergartengesetz gestrichen und die Mittel für Behinderteneinrichtungen gekürzt. Die CDU setzt sich daher für eine Korrektur der hessischen Sozialpolitik ein, die den Schwächeren wirklich hilft und eigenes Engagement sowie die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung unterstützt.

### Die Herausforderungen der Sozialpolitik annehmen

Die CDU Hessen wird nach Regierungsübernahme an die erfolgreiche Sozialpolitik ihrer Regierungszeit 1987 bis 1991 anknüpfen, in der wegweisende Akzente bei Kindergärten, Alten- und Behinderteneinrichtungen sowie Sozialstationen gesetzt wurden.

Im Rahmen der finanzpolitischen Bedingungen werden wir eine neue „Soziale Investitionsoffensive“ eröffnen.

Wir werden die erheblichen Defizite der rot-grünen Landesregierung aufarbeiten und als Partner der Eltern unser Kindergarten-Aktionsprogramm „Vollversorgung '96“ umsetzen. Unter Stärkung der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Träger und Kommunen werden wir

- für jedes Kind im Kindergartenalter einen Platz im Kindergarten bereitstellen,
- die örtlichen Träger bei der Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz nicht im Stich lassen,
- die Bevormundung durch überzogene Kindertagesstätten-Richtlinien beenden,
- die umfassende Aufsichtsfunk-

tion des Landesjugendamtes über Kindergärten auf einen Kernbereich festlegen,

- die Investitionsfinanzierung von einer anteilmäßigen auf eine Festbetragsfinanzierung umstellen,
- über finanzielle Anreize Kindergartenträger fördern, die bei einem Nachfrageüberhang befristet zusätzliche Kinder aufnehmen,
- in Abstimmung zwischen Land, Arbeitsamt, Berufsverbänden und Trägern Fragen der Ausbildung, Weiterqualifizierung und Berufsperspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindergärten den Erfordernissen eines modernen und attraktiven Berufsbildes anpassen,
- prüfen, inwieweit Mittel des sozialen Wohnungsbaus für ein „Wohnungsbau Sonderprogramm“ reserviert werden können, das insbesondere sozialen Dienstleistungsberufen offensteht.

Die CDU steht für soziale Strukturpolitik. Sie hat unter Federführung von Bundessozialminister Norbert Blüm mit der Einführung der Pflegeversicherung gezeigt, welche herausragende Bedeutung sie der Politik für pflegebedürftige Menschen beimißt.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird

- den Erfordernissen der Pflegeversicherung Rechnung tragen und für den Auf- und Ausbau der pflegerischen Infrastruktur sorgen.
- sich dabei an den Grundsätzen „Rehabilitation vor Pflege“ sowie „häusliche und ambulante Betreuung geht vor stationäre Pflege“ orientieren.
- das „betreute Wohnen“ in Zusammenarbeit mit den Kommunen fördern.
- für das Vorhalten eines flankierenden Netzes an Sozialstationen und ambulanten Diensten sorgen.
- den Auf- und Ausbau eines qualifizierten Geriatrie- und Rehabilitationsangebotes für ältere Menschen vorantreiben.

- die Nutzung moderner Technologien als Arbeiterleichterung und Hilfe für die Pflege fördern.
- Altenpolitik als herausragende Zukunftsaufgabe für alle Generationen begreifen.

Körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen bedürfen in besonderem Maße der Zuwendung und des Schutzes. Die CDU wendet sich gegen jegliche Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen. Unsere besonderen Bemühungen gelten

- der Förderung von Einrichtungen, der Früherkennung und Frühförderung,

- Maßnahmen der Ausbildung und beruflichen Förderung,
- dem Ausbau von Wohn- und Arbeitsplätzen für behinderte Mitbürger.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird auf der Grundlage ihrer bewährten Prinzipien, die für Sozialpolitik prägend waren und sind, im Zusammenwirken mit den Beteiligten die soziale Ausgestaltung des Landes verbessern. Dabei werden wir

- sozialpolitische Fördermaßnahmen verstärkt nach dem Subsidiaritätsprinzip ausrichten; kirchliche, freigemeinnützige und private Träger sollen wissen, daß ihnen die CDU Hessen Vorfahrt einräumt.
- Seniorenvertretungen, Behindertenverbände und Organisationen, die durch ihr sozialpolitisches Engagement einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, im Rahmen eines sozialen Dialogs unterstützen und fördern.
- in sozialen Einrichtungen, in denen nach Tagespflegesätzen abgerechnet wird, prüfen, inwieweit mehr Leistungsqualität und Wirtschaftlichkeit, u. a. durch Festbeträge, erzielt werden können, ohne eine sozialwürdige Versorgung zu gefährden.

Der Schutz des ungeborenen Lebens steht im Zentrum christlich-demokratischer Familienpolitik. Einen hessischen Sonderweg bei der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder andere vergleichbare Alleingänge wird es nicht mehr geben. Es müssen Mittel bereitgestellt werden für diejenigen, die sich trotz einer Notlage für ihr Kind entschieden haben (z. B. Stiftung „Mutter und Kind“).

Die Jugendarbeit in unserer Gesellschaft ist in besonderem Maße angewiesen auf das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger in den Vereinen, Organisationen und Verbänden. Die CDU Hessen wird

- die Jugendarbeit fördern und das ehrenamtliche Engagement stärken und
- das neue Kinder- und Jugendhilferecht umsetzen und die dringend erforderlichen Ausführungsgesetze zur Jugendarbeit und zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege vorlegen.

Eine erfolgreiche Jugendpolitik muß auch die mit den extremen politischen Erscheinungen verbundenen Herausforderungen annehmen. In diesem Zusammenhang bekommen Fragen der Aus-

und Weiterbildung und des Arbeitsplatzes ein besonderes Gewicht und müssen in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden.

Gesundheitspolitik ist ein fortwährender dynamischer Prozeß. Wir werden deshalb

- die nächste Stufe der Gesundheitsstrukturreform begleiten und die Gesundheitspolitik im Lande so gestalten, indem frühzeitig und dauerhaft der Dialog mit den Betroffenen geführt wird. Es wird eine „konzertierte Aktion“ auf Landesebene ein-

gerichtet, in der neue Entwicklungen in der Gesundheitspolitik vorbereitet und analysiert, sachbezogene Informationen und Meinungen ausgetauscht und insbesondere im Vorfeld wichtiger Entscheidungen Grundlagen erarbeitet und Hilfestellungen gegeben werden.

- uns für eine Zurückführung der staatlichen Planungskompetenzen bei Krankenhäusern einsetzen, um ein flexibleres Handeln und mehr kostendämpfenden Wettbewerb zu ermöglichen.
- den Ausbau eines umfassenden und differenzierten Systems der Nachsorge und Rehabilitation fördern.
- Fragen der Gesundheitserziehung und -förderung, der Prävention und Vorsorge in den Vordergrund rücken.
- bei Gesundheitsämtern ein Beratungsangebot für AIDS-Kranke und -Infizierte vorsehen. Vor allem müssen die präventiven Maßnahmen verstärkt werden, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.
- bei der Förderung von Beratungsstellen und des Therapieangebotes die Drogenabstinenz als oberstes Gebot ansehen. Bewährte Maßnahmen wie Substitution mit Methadon werden dort weitergeführt, wo Drogenkranke nicht anders geholfen werden kann.

Die CDU bekennt sich zum niedergelassenen, eigenverantwortlich und freiberuflich tätigen Arzt als Fundament unseres freiheitlichen Gesundheitswesens.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Verwaltungshan-

deln auch in der Sozial- und Gesundheitspolitik optimieren und deshalb

- die 1991 vorgenommene Zweiteilung des hessischen Sozialministeriums ändern, da sie sich in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat.
- bestehende Richtlinien im Hinblick auf eine Effizienzsteigerung und Entbürokratisierungsmöglichkeiten überprüfen.
- Soweit es in einzelnen Bereichen der Sozialpolitik möglich ist, strebt die CDU eine stärkere Verlagerung der Entschei-

dungsbefugnisse bei Genehmigungen und Förderungen auf unteren Ebenen an, zugunsten von mehr Orts- und Bürgernähe.

### **Frauenpolitik braucht Partnerschaft**

Die Frauenpolitik der CDU setzt Partnerschaft von Frau und Mann voraus. Gleichberechtigung bedeutet nicht Gleichmacherei. Voraussetzung für Gleichberechtigung ist Gleichwertigkeit. Frauen und Männer haben die gleichen Rechte und Pflichten. Die gesellschaftliche Anerkennung dieser Gleichwertigkeit ist Voraussetzung dafür, daß Frauen und Männer gleiche Chancen in allen gesellschaftlichen Bereichen haben. Die CDU Hessen setzt dabei auf die Begabung, Fähigkeiten und Wünsche von Frauen und Männern und lehnt dirigistische Maßnahmen ab.

Rolle und Bewußtsein der Frauen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere aufgrund verbesserter Bildungs- und Ausbildungschancen grundlegend verändert. Dies zeigt sich ganz besonders in den veränderten Vorstellungen von Frauen über ihre persönliche Lebensplanung. Ein Leben in und mit der Familie und Erfolg im Beruf stehen als gleichrangiges Lebensziel nebeneinander. Zur Verwirklichung müssen allerdings Probleme wie die zu geringe Anerkennung der Familien- und Erziehungsarbeit, die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Schwierigkeit beim Einstieg oder

Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase gelöst werden. Auch das Vorurteil von Arbeitgebern, die in einer möglichen Schwangerschaft einer Bewerberin ein betriebliches Kostenrisiko sehen und dies höher einschätzen als deren Fähigkeiten und Qualifikation, muß endlich abgebaut werden.

Die Politik allein kann diese Probleme nicht lösen. Ihre Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen und Beteiligung in allen gesellschaftlichen Entscheidungsgremien ermöglichen.

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz erfüllt diese Ansprüche nicht. Es wird deshalb auf seine Verfassungsmäßigkeit, Durchführbarkeit und Finanzierbarkeit überprüft. Einseitige Bevorzugungen und Quotenregelungen lehnt die CDU Hessen genauso ab wie die überbürokratisierte Institutionalisierung von Fraueninteressen durch Gesetze. Unser Ziel ist es, Frauen stärker in politische und gesellschaftliche Verantwortung einzubeziehen.

### **Frauenpolitik ist eine alle Lebensbereiche umfassende Aufgabe**

Sie muß sich allen Politikfeldern widmen und, soweit öffentliche Haushalte angesprochen sind, im Rahmen der finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten nach Lösungen suchen. Die Sorgen um den Arbeitsplatz, die Wohnungen, Erziehung und Bildung unserer Kinder, der öffentliche Personennahverkehr, die zunehmende Gewaltbereitschaft und die wachsenden Probleme der älteren Generation berühren die Gesellschaft allgemein.

Frauen sind jedoch in besonderem Maße tangiert: Die Arbeitsplätze von Frauen sind in Zeiten wirtschaftlicher Rezession stärker gefährdet, Familien mit Kindern sind besonders auf Wohnraum zu erschwingerlichen Bedingungen angewiesen. Für Frauen, die überwiegend die Pflege Familienangehöriger und die damit verbundenen Belastungen tragen, sind die Absicherung des Pflegefallrisikos

und die Möglichkeit der Entlastung durch ambulante und teilstationäre Pflegedienste von überragender Bedeutung.

Von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern Schutz und Hilfe zu gewähren (z. B. in Frauenhäusern) ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

### **Arbeit in der Familie und Arbeit im Beruf**

Arbeit in der Familie und Arbeit im Beruf müssen den gleichen gesellschaftlichen Stellenwert erhalten. Alleinerziehende Mütter und Väter haben einen Anspruch auf gesellschaftliche Hilfe und Unterstützung. Das Recht des Kindes auf Erziehung und Betreuung in der Familie — besonders in den ersten drei Lebensjahren — muß wieder ein größeres Gewicht bekommen und muß Vorrang vor der „Selbstverwirklichung“ der Eltern im Beruf haben. Frauen und auch zunehmend Männer nutzen die Möglichkeit des Erziehungsurlaubs. Sie müssen nach der Familienphase wieder auf qualifizierte Arbeitsplätze zurückkehren können, deshalb sind familienbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen notwendig. Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsplätze sind Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Frauenförderung darf sich nicht auf die berufliche Förderung beschränken. Frauen sind auch familien- und kinderorientiert. Sie erwarten eine bessere Anerkennung ihrer Haushalts- und Familientätigkeit. Die Frauenpolitik der CDU hat der Tätigkeit in der Familie stets einen besonderen Wert beigemessen. Frauenpolitik bedeutet für die CDU auch Familienförderung.

### **Asylkompromiß umsetzen**

Die CDU wird dafür sorgen, daß endlich auch in Hessen der Asylkompromiß in allen Punkten umgesetzt wird. Bereits kurze Zeit nach Verabschiedung der neuen Asylgesetze in Bonn sind die Asylbewerberzahlen erheblich zurückgegangen. Wir werden auch hier die rot-grüne Blockade beenden und den eingeschlagenen Weg

zur Verminderung des Zugangs unberechtigter Asylbewerber weitergehen.

Wir werden

- das Asylbewerberleistungsgesetz konsequent umsetzen und den Unterhalt von Asylbewerbern durch Naturalien — nicht durch Geld — gewährleisten.
- eine Gesetzesänderung anstreben, die eine Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes auch auf solche Asylbewerber vorsieht, die schon länger als ein Jahr in Deutschland leben.
- abgelehnte Asylbewerber entsprechend den geltenden Gesetzen konsequent abschieben und zentrale Abschiebestellen und ausreichende Haftkapazitäten in Hessen einrichten.
- Wir werden Schlepperorganisationen, die Wirtschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland einschleusen, auf der Grundlage des neuen Verbrechenbekämpfungsgesetzes scharfer bekämpfen.

### **Gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern**

In der Bundesrepublik Deutschland leben heute rund sieben Millionen Ausländer. Mehr als die Hälfte von ihnen wohnt und arbeitet hier seit über 10 Jahren. Die große Mehrzahl der in unserem Land lebenden Ausländer will auf Dauer hier bleiben.

- Unser Ziel ist ein gutes Miteinander von Deutschen und den bei uns lebenden Ausländern. Nicht nur der Staat und seine Einrichtungen, sondern die gesamte Gesellschaft sind hier gefordert. Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und andere gesellschaftliche Gruppen können für ein friedliches Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern einen wichtigen Beitrag leisten.
- Die CDU will ein ausländerfreundliches Klima in unserem Land erhalten. Wir stehen in politischer Gegnerschaft zu allen, die Fremdenangst schüren, diskriminierende Parolen verbreiten und an Neidinstinkte appellieren. Ebenso muß aber auch der politische Extremismus von Ausländern bekämpft werden. Unser Verhältnis zu den

bei uns lebenden Ausländern muß von den gleichen Wertmaßstäben geprägt sein, die wir für das Zusammenleben der Deutschen untereinander als verbindlich ansehen. Mehrfach-Staatsangehörigkeiten müssen Ausnahme bleiben. Wir lehnen daher Forderungen ab, daß jeder in Deutschland geborene Ausländer automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten soll.

Es kann kein kommunales Wahlrecht für Ausländer geben, die nicht Bürger der Europäischen Union sind. Die CDU wird Initiativen fördern, die das Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern weiter verbessern und Ausländern die Integration erleichtern. Dazu gehört vor allem das Angebot zur einfachen Einbürgerung für lange hier lebende Ausländer.

### **Integration der hier lebenden Ausländer verbessern**

Die Grundwerte unserer Politik verpflichten uns zur Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Gesellschaft, Staat, Arbeitswelt und Kultur, die seit langem bei uns leben und auf Dauer hier Heimat finden wollen. Dabei müssen wir Rücksicht nehmen auf die schwierige menschliche Situation von Ausländern, die im Spannungsfeld zwischen zwei Kulturen leben. Jeder soll die Möglichkeit haben, nach seinen eigenen kulturellen und religiösen Vorstellungen zu leben. Die Ausländer müssen ihrerseits bereit sein, sich in die Gemeinschaft aller Bürger einzugliedern, d. h. sie müssen unsere Rechtsvorschriften und Lebensformen achten sowie die Menschenwürde und Wertordnung unserer Verfassung respektieren. Insbesondere im Hinblick auf die Ausländer der zweiten und dritten Generation, die hier aufgewachsen sind und überwiegend auf

Dauer bei uns bleiben wollen, gibt es zu einer konsequenten Integrationspolitik keine Alternative.

Gleichwohl lassen die Integrationskraft unserer Gesellschaft, der Arbeitsmarkt, die Begrenztheit der Ressourcen die unbegrenzte Aufnahme von Ausländern, die noch zu uns kommen wollen, nicht zu. Es darf nicht übersehen werden, daß die soziale und kulturelle Integrationsfähigkeit jeder Gesellschaft begrenzt ist. Wer darauf keine Rücksicht nimmt, fördert zumindest unbewußt Ausländerfeindlichkeit und soziale Konflikte und erreicht damit das Gegenteil einer Ausländerpolitik, die am christlichen Verständnis vom Menschen orientiert ist.

## Sport

Der Sport hat für die CDU Hessen eine hohe soziale, gesundheitliche und erzieherische Bedeutung. Die CDU will diese Bedeutung im Bewußtsein der Öffentlichkeit stärken und sportliche Betätigung vielfältig fördern, damit ihr Wert für unsere Gesellschaft noch mehr als bisher anerkannt wird.

Eine wichtige Aufgabe kommt dabei den Vereinen, den Verbänden

und dem Landessportbund Hessen zu. Für die CDU Hessen sind Unabhängigkeit und freie Selbstverantwortung des Sportes Grundsätze partnerschaftlicher Sportpolitik. Aus diesem Grund darf der Anteil an den Überschüssen der Sportwetten nicht angetastet werden. Die finanzielle und administrative Förderung des Sports durch den Staat erfolgt weitgehend ohne Eingriffe der öffentlichen Hand in die Organisationskompetenz des Sports. Sportvereine, die weitgehend ehrenamtliche Aufgaben in freier Selbstverwaltung erfüllen, wirken integrierend und sind wesentliche Teile kommunaler Kultur. Ihre Arbeit dient dem Allgemeinwohl und hat daher Anspruch auf öffentliche Förderung. Die CDU Hessen wird sich dafür einsetzen, daß der Behindertensport besondere Beachtung findet.

Die Sportbewegung bietet Vielfalt in der Einheit. Ein wesentliches Merkmal ist der Leistungsgedanke. Dies gilt für die individuelle Leistung ebenso wie für die absolute Spitzenleistung. Der Breitensport ist die Grundlage, die Ange-

bote für alle Bürgerinnen und Bürger bieten soll, um ihnen einen Zugang zu den vielfältigen Angeboten des Sports zu eröffnen. Der Spitzensport regt mit seiner Vorbildfunktion zur sportlichen Betätigung an. Daher muß sich die öffentliche Förderung an alle Facetten des Sports wenden. Die vielfältigen Angebote der Vereine im Bereich der kindgerechten Bewegungserziehung sind durch flankierende Maßnahmen im Kindergarten und in der Grundschule zu unterstützen. In dieser Altersstufe müssen die Freude an der Bewegung geweckt und die Grundlagen für ein lebenslanges Sporttreiben gelegt werden. Für Sportwillige muß ein breitgefächertes Angebot zweckmäßiger Sportstätten möglichst in Wohnortnähe erreichbar sein. Die CDU Hessen wird sich für zügige Genehmigungsverfah-

ren im Sportstättenbau einsetzen. Aus öffentlichen Mitteln finanzierte Sportanlagen sollen prinzipiell kostenlos genutzt werden können. Vereinseigener Sportstättenbau muß durch Zuschüsse für Investitionen und die Folgekosten unterstützt werden.

## 8. Neue Akzente in der Umweltpolitik

Deutschland hat im Umweltschutz einen Spitzenplatz in Europa und in der Welt. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Das gilt vor allem in Hessen, wo in nur vier Jahren die Umweltpolitik zu rot-grüner Verhinderungspolitik verkommen ist. Dringend notwendige Entscheidungen wurden auf die lange Bank geschoben. Langfristige Entsorgungskonzepte fehlen, Sonderabfälle werden entgegen ursprünglicher Programme immer noch ohne eine geregelte Verbundlösung außerhalb Hessens verbracht. Statt Probleme zu lösen, wird Hessen mit Sondersteuern wie Sonderabfall- und Grundwasserabgabe in eine Insellage ge-

drängt, die den Industriestandort Hessen gefährden, ohne daß für die Umwelt etwas gewonnen wäre. Hessische Unternehmen haben dadurch erhebliche Wettbewerbsnachteile erlitten, die den Verlust von Arbeitsplätzen nach sich gezogen haben oder noch ziehen werden. Moderne Energiekonzepte blieb die rot-grüne Regierung schuldig. Sie gefährdete statt dessen durch ihre Blockadepolitik Arbeitsplätze und diskriminierte den wichtigen Energieträger Kernkraft.

Die CDU ist überzeugt, daß nur die in der Vergangenheit so erfolgreiche marktwirtschaftliche Ordnung die Veränderungen unserer Produktions- und Lebensweise bewirken kann, die Wohlstand und Umweltschutz als Einheit ermöglichen.

Der Staat muß Bürgern und Industrie verlässliche Umweltschutzziele vorgeben. Der günstigste Weg zu diesen Zielen muß durch den Wettbewerb gefunden werden. So nutzen wir die überlegene Leistungs- und Innovationskraft der sozialen Marktwirtschaft für den Umweltschutz. Besondere Bedeutung für den Umweltschutz kommt der mittelständischen Industrie zu. Eine berechenbare Politik freiwilliger Vereinbarungen und langfristiger Perspektiven zwischen Regierung und Wirtschaft haben Vorrang vor einer Politik der Unübersichtlichkeit und Kurzsichtigkeit auf der Grundlage fortwährend wechselnder Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Die CDU erteilt allen Tendenzen zunehmender Bürokratisierung und zunehmendem Dirigismus in der Umweltpolitik eine klare Absage. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich vielmehr für die Deregulierung, für die Vereinfachung und für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in diesem Bereich einsetzen. Darüber hinaus soll die Umweltforschung stärker als bisher gefördert werden.

Der sparsame Umgang mit den Ressourcen Wasser, Boden und oberflächennahen Lagerstätten sind für die zukünftige Umweltpolitik von zentraler Bedeutung.

### **Wasserwirtschaft**

Eine CDU-geführte Landesregierung wird

- zusätzlich die Wasseranreicherung durch die Infiltration von Oberflächenwasser vorantreiben und ausbauen.
- künftig durch moderne Wasseraufbereitungsanlagen die Wasserversorgung vor allem im südhessischen Ballungsraum sichern.
- eine Standortplanung für Trinkwasserreservoirs aus Oberflächenwasser (Talsperren) einleiten.

Besondere Bedeutung kommt auch den Wassersparmaßnahmen in Haushalten und Unternehmen zu. Die Landesregierung muß dafür sorgen, daß jedermann bewußt wird, daß Wassersparen — beispielsweise durch den Einbau von separaten Wasserzählern, Brauchwassersystemen oder Anlagen zur Verwendung von Regenwasser im Garten — auch finanziell attraktiv ist.

Durch ein Aktionsprogramm „Grundwasserschäden Hessisches Ried“ und „Ökologische Sanierung des Vogelsberges“ müssen Land, Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen gemeinsam für die Bürger der betroffenen Regionen unbürokratische Schadenersatzregelungen schaffen und die ökologischen Schäden sanieren. Dazu gehört ein ausreichender Finanzierungsfonds, der durch die Wasserverkäufe in der Fernversorgung finanziert wird.

### **Abfallwirtschaft**

In der Abfallentsorgung müssen Verbundlösungen stärker in den Mittelpunkt rücken. Der Abfallentsorgungsplan Hessen muß den „Technischen Anleitungen Siedlungsabfall“ angepaßt werden. Die herkömmliche Form der Deponierung ist umweltpolitisch nicht mehr sinnvoll, weil neue umweltverträgliche technische Verfahren zur Abfallbeseitigung zur Verfügung stehen, die zur Schonung wertvollen Deponieraums führen. Die CDU Hessen tritt

nachdrücklich für die Getrennsammlung von Wertstoffen ein und unterstützt die Initiativen der Wirtschaft wie das Duale System Deutschland.

Die CDU tritt dafür ein, nicht wiederverwertbare Abfallstoffe thermisch zu behandeln. Die thermische Verwertung der Restabfälle unter Ausnutzung der vorhandenen Energiepotentiale bedeutet gleichzeitig die Vernichtung von Schadstoffen. Die CDU Hessen tritt für Entsorgungswege ein, die landkreisübergreifend sind. Die Konzeption der CDU Hessen sieht thermische Verwertungsanlagen für Nordhessen (Borken), Mittelhessen (Wetterau und ein weiterer Standort), Südhessen (Bergstraße), Westhessen (Wiesbaden/Mainz) vor. Unser Ziel ist es, alle nicht mehr verwertbaren Reste durch eine moderne und umweltfreundliche Hochtemperaturverbrennung vollständig in verwertbare Stoffe umzuwandeln und bisher übliche Hausmülldeponien überhaupt zu vermeiden. Die nach der Hochtemperaturverbrennung anfallenden „Schlacken“ geben weder an den Boden, die Luft oder das Wasser Schadstoffe in relevanter Menge ab und können deshalb wiederverwertet werden. Restmülldeponien sind dann nur noch als Reserve für Notfälle erforderlich. Die CDU Hessen tritt für einen Ausgleich der Belastungen ein, die Standortgemeinden von thermischen Verwertungsanlagen oder einer Deponie erfahren. Um die Akzeptanz für eine Abfallentsorgungsanlage zu erhöhen, wird eine CDU-geführte Landesregierung ein Konzept erstellen, das vor Ort ausgleichende Maßnahmen wie z. B. eine Reduzierung von Abfallgebühren oder zusätzlicher infrastruktureller Maßnahmen vorsieht.

Auch in der Sonderabfallentsorgung sind Verbundlösungen anzustreben, z. B. auch mit benachbarten Bundesländern. Auf diesem Wege können bestehende Entsorgungsanlagen in angrenzenden Bundesländern oder in Hessen (Biebesheim) sinnvoll ausgenutzt werden. Die CDU Hessen hält eine sichere obertägige Sonderabfalldeponie für notwendig. Wir treten dafür ein, daß das Land sich als Gesellschafter aus der Hessischen Industriemüll GmbH, die für die Sonderabfallentsorgung zuständig ist, zurückzieht und den industriellen Anteilseignern die Federführung überläßt. Wir werden zu einer Kooperation mit der Industrie bei der Altlastenfinanzierung zurückkehren.

### **Boden, Luft und Lärm**

Der Bodenschutz wird verstärkt. Unsere Böden sind neben Flä-

chenversiegelung und Erosion einer Vielzahl von Belastungen ausgesetzt. Mit dem Aufbau eines Bodeninformationssystems wird ein wichtiger Beitrag zu einer wirkungsvollen Bodenschutzpolitik geleistet. Eine Versiegelung von Flächen sollte dort, wo dies möglich ist, vermieden werden. Stärker wasserdurchlässige Bodenbeläge sollten nach Möglichkeit Verwendung finden.

Dem Konzept gegen den Lärm messen wir besondere Bedeutung zu. Deshalb werden wir durch Maßnahmen des aktiven und passiven Lärmschutzes (z. B. durch Umgehungsstraßen) Lärm vermeiden oder dämpfen.

### **Umweltbewußte Energienutzung**

Um Beiträge zur Luftreinhaltung und damit auch zum Schutz der Erdatmosphäre zu leisten, wird eine CDU-geführte Landesregierung Maßnahmen zur sparsameren und wirkungsvolleren Energienutzung fördern. Dazu gehört die verstärkte Information der Verbraucher über Energieeinsparmaßnahmen in privaten Haushalten und Gewerbebetrieben, die zusammen mit den Energieversorgungsunternehmen und den Kammern durchgeführt werden. Beispielhafte Modellprojekte zur Einsparung von Heizenergie und zur Verwendung von Biomasse als Energiequelle werden gefördert. Um verkehrsbedingte Schadstoffausstöße zu verringern, kommt neben dem Ausbau der Bundes- und Landesstraßen zur Vermeidung von Staus dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs große Bedeutung zu. Die CDU will durch ein attraktives ÖPNV-Angebot Autofahrern eine realistische Alternative für den freiwilligen Umstieg bieten. Darüber hinaus wollen wir die Luftqualität in Ballungsgebieten und Städten dadurch verbessern, daß bevorzugt Fahrzeuge eingesetzt werden, deren Schadstoff-Emissionen besonders gering sind und die Anschaffung von Elektrofahrzeugen durch Private gefördert wird. Durch diese Förderung soll auch ein Anstoß zu einer kostengünstigeren Großserienproduktion von Elektrofahrzeugen gegeben werden. Darüber hinaus wollen wir dabei helfen, daß das Angebot an Bio-Diesel erweitert wird.

## Schutz der Natur

Ziel unserer Naturschutzpolitik ist die Sicherung und Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaft als Lebensraum für Menschen und für alle anderen Lebewesen in ihrer ganzen Vielfalt.

Ein verbesserter Schutz der Natur auf größerer Fläche entspricht den Leitlinien der Naturschutzpolitik der CDU Hessen. Bei uns haben großflächige naturnahe Strukturen in einer Kulturlandschaft Vorrang vor einem rigorosen Reservatsdenken mit willkürlichen Prozentsatz-Vorgaben. Naturschutz ist zugleich Lebensraumschutz für Menschen, Tiere und Pflanzen. Effektiver Naturschutz kann nur erreicht werden, wenn sich der Mensch als Teil der Umwelt versteht und sich seiner Verantwortung und der Auswirkungen seines Handelns für Natur und Um-

welt bewußt ist.

Naturschutz darf nicht zum Hebel für wirtschaftsfeindliche Verhinderungspolitik verkommen, der sonst seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird und seine Akzeptanz verliert. Es kann nicht allein Aufgabe des Staates sein, bedrohte Lebensräume für Pflanze und Tier zu schützen. Die CDU Hessen wird ein Hessisches Naturschutzgesetz verabschieden, das Naturschutz in Partnerschaft zwischen Bürgern und Bürgerinnen verbessert und den Naturschutz von übertriebener Bürokratie und sozialistischer Gängelerei befreit.

Deshalb fördert die CDU ehrenamtliches Engagement im Naturschutz. Sie setzt sich nach marktwirtschaftlichen Regeln für eine leistungsgerechte Honorierung derer ein, die sich als sachkundige Unternehmer in Landschafts- und Biotop-Pflege engagieren. Hierfür muß als vorrangig geeignetes Instrument der Vertragsnaturschutz weiter ausgebaut werden.

Gesetze und Verordnungen sind auch im Naturschutz notwendig. Sie können aber persönliche Einsicht in seine Notwendigkeit, Überzeugungsarbeit in der Sache, umfassende Information für die Bürger sowie Offenheit, Kompetenz und Transparenz der Naturschutzverwaltung in keinem Fall ersetzen. Gerade auch deshalb sind hohe Anforderungen an die Mitarbeiter der Naturschutzbehörden zu stellen.

Die CDU will die Möglichkeiten für ein freiwilliges ökologisches Jahr für junge Männer und Frauen als Beitrag zu einem neuen Grundverständnis der Beziehung Mensch/Umwelt verstärkt nutzen. Die Umweltbildung an Schulen und Betrieben muß intensiviert werden.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die naturschutzrechtliche „Landwirtschaftsklausel“, nach der die im Sinne des Naturschutzgesetzes ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff in Natur und Landschaft anzusehen und damit in der Regel naturschutzbehördlicher Einflußnahme nicht zugänglich sind, ohne Abstriche beibehalten wird.

Das ist ein Beitrag sowohl zu einer unbürokratischen und effektiven Naturschutzverwaltung als auch ein Beitrag zur Leistungsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe nicht zuletzt für die Erhaltung einer lebendigen Kulturlandschaft.

Die CDU Hessen setzt sich dafür ein, daß die vom Bundesgesetzgeber dem Land gegebene Ermächtigung genutzt wird, in jedem einzelnen Fall eine Abwägung zwischen Belangen des Naturschutzes und benötigten Bebauungsplänen durchzuführen, mit dem Ziel, daß diese Bebauungspläne im Einvernehmen mit dem Naturschutz auch aufgestellt werden können. Das bedeutet, daß innerhalb von Bauleitplänen Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

## Tierschutz

Die CDU Hessen setzt sich aktiv für die Bewahrung der Schöpfung ein. Dazu gehört auch ein verantwortlicher Umgang mit Tieren.

Die Behandlung insbesondere leistungsfähiger Tiere muß ethischen Grundsätzen entsprechen, nach denen Tiere als Mitgeschöpfe anerkannt sind. Die frühere CDU-geführte Hessische Landesregierung hat bereits 1990 als erste Landesregierung ein umfassendes Programm zur Verbesserung des Tierschutzes beschlossen. Demgegenüber hat die rot-grüne Regierung im Tierschutz versagt; Probleme wurden nicht gelöst, sondern nur verwaltet.

Eine CDU-geführte Hessische Landesregierung wird die von ihr begonnene Arbeit im Tierschutz fortsetzen. Durch gesetzliche Regelungen und Erweiterung der Wirkungsmöglichkeiten wird sie zum Tierschutz sowohl in Hessen als auch auf Bundesebene beitragen, ohne berechnete Interessen des Menschen zu vernachlässigen.

## 9. Der ländliche Raum hat in Hessen wieder Zukunft

Der ländliche Raum muß auch in Zukunft lebenswert sein. Ländliche Gebiete müssen mit ihrer Infrastruktur, ihrer Landwirtschaft, ihrer gewerblichen Wirtschaft und ihrem Dienstleistungssektor weiterentwickelt werden. Das Gefälle zwischen den hochverdichteten Regionen und den ländlichen Gebieten darf sich nicht vergrößern. Hessen braucht eine leistungsfähige, marktorientierte und umweltverträgliche Land- und Forstwirtschaft. Ziel der hessischen CDU ist es, durch den Erhalt einer ausreichenden Zahl leistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe in allen Regionen den Erhalt der Kulturlandschaft zusammen mit den Landwirten sicherzustellen. Hierzu gehört auch die Förderung und der gezielte Ausbau dieser Betriebe.

Unter der rot-grünen Landesregierung wurden die Anliegen der Landwirte und der Bürger im ländlichen Raum vernachlässigt. Dies kommt auch in der Aufblähung des Landwirtschaftsministeriums zu einem umfassenden Planungs- und Wohnungsbauministerium zum Ausdruck. Statt Kooperation mit den Landwirten wurde von Rot-Grün deren Bevormundung und Besserwisserei betrieben. Selbst finanzielle Ausgleichsleistungen, die wie der Mehrwertsteuer ausgleich in anderen Bundesländern gezahlt wurde, wurden den hessischen Landwirten vorenthalten.

## Zukünftige Agrarpolitik

Die CDU Hessen ist Anwalt der Bauern. Sie wird Strukturen schaffen, die leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe erhalten. Dazu gehört eine verbesserte Aus- und Weiterbildung, die Einrichtung einer effizienten Beratung für alle landwirtschaftlichen Betriebe, die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Förderbereich und die Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten z. B. durch die Förderung der Direktvermarktung oder der Schaffung von Märkten für nachwach-

sende Rohstoffe. Die CDU will durch den Erhalt einer ausreichenden Zahl leistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe in allen Regionen die Erhaltung der Kulturlandschaft sicherstellen. Dazu gehören Einkommensübertragung für Betriebe auf Grenzstandorten, die Entlohnung für Pflege von Biotopen und schützenswerte Flächen durch Landwirte oder die Förderung der freiwilligen Landschaftspflege, z. B. auch die Ausweitung des Instrumentes des Vertragsnaturschutzes.

Die CDU Hessen will zur Sicherung des ländlichen Raumes vorhandene Betriebe unterstützen, die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und die Nutzung heimischer Ressourcen fördern und Produktinnovation und Vermarktungsstrategien anregen. Dazu gehören auch die Sicherung und Entwicklung von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen auf dem Lande und die Förderung und Pflege der kulturellen Angebote und des dörflichen Brauchtums der ländlichen Regionen.

Die CDU wird sich durch Unterstützung von gezielten Marketingmaßnahmen dafür einsetzen, daß bei den Verbrauchern in zunehmendem Maße das Interesse an marktnah erzeugten gesunden Nahrungsmitteln aus Hessen geweckt wird. Die Produktion nach integriertem Anbauverfahren, tierartgerechten Haltungsformen, die Förderung kurzer Transportwege für Vieh und Lebensmittel sowie die schonende Be- und Verarbeitung dienen gleichermaßen den Verbrauchern wie der Umwelt und dem Naturschutz. Wir wollen regionale Schlachthöfe soweit wie möglich erhalten.

Die CDU wird die Möglichkeiten der Verwertung nachwachsender Rohstoffe erweitern und fördern.

### **Fremdenverkehr**

Der Fremdenverkehr nimmt in Hessen neben dem bedeutenden Städtetourismus vor allem im ländlichen Raum eine starke Position ein. Die walddreiche Mittelgebirgslandschaft, die Hessen prägt, stellt ein großes Potential für deutsche und ausländische Gäste dar.

Dies wird noch begünstigt durch die zentrale Lage Hessens in der Bundesrepublik Deutschland.

Unter der rot-grünen Regierung ist sowohl die Zahl der Inländer- wie auch der Ausländerübernachtungen seit 1991 kontinuierlich gesunken. Stetig gestiegen ist jedoch der Verwaltungsaufwand des Hessischen Fremdenverkehrsverbandes, der zwar als eingetragener Verein geführt wird, allerdings weit davon entfernt ist, privatwirtschaftlich und damit effizient zu arbeiten. Das Vorhaben der Umwandlung des HFV in eine unabhängige private Marketinggesellschaft wurde — trotz Vorgabe — nicht realisiert.

Die CDU wird dieses Vorhaben endlich in die Tat umsetzen, um schnellstmöglich Hessen als modernes und gastfreundliches Urlaubsland zu präsentieren. Dazu gehört auch die Neugestaltung und Neufassung der Fremdenverkehrsregionen nach geographisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht, wie bisher, nach politischen Gebietsabgrenzungen. Es muß ein Landesentwicklungsplan für den Fremdenverkehr erstellt werden.

Schwerpunkte des Hessischen Fremdenverkehrs stellen die 32 Heilbäder und Kurorte dar, die — in der Regel in strukturschwachen Gebieten gelegen — immerhin fast die Hälfte des Hessischen Fremdenverkehrs bewältigen. Rund 100.000 Arbeitsplätze sind in den Heilbädern und Kurorten in Hessen vom Fremdenverkehr direkt abhängig.

### **Forstpolitik**

Hessen ist eines der walddreichsten Bundesländer. Unser Wald prägt unsere Landschaft. Er ist unentbehrlicher Bestandteil eines gesunden Lebensraums. Konsequentes Handeln zur Stabilisierung der Forstwirtschaft und des Ökosystems Wald sind daher geboten. Die Erhaltung des Waldes ist nicht nur für das gesamte Ökosystem von Bedeutung, sondern auch wegen der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion für die Bevölkerung unverzichtbar. Wald ist nicht nur ein weitgehend unbelasteter Lebensraum, sondern zugleich auch ein Wirtschaftsraum

mit wachsender Bedeutung, der Arbeitsplätze im Wald und der Holzverarbeitenden Industrie sichert.

Die CDU Hessen tritt dafür ein, daß Holz als nachwachsender und umweltfreundlicher Rohstoff und Energieträger im privaten, öffentlichen und industriellen Bereich seine Marktchancen nutzen kann. Durch die Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz kann ein Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Entlastung geleistet werden.

Durch Waldbau auf standörtlicher Grundlage wird die nachhaltige Produktion des nachwachsenden Rohstoffes Holz auch in Zukunft gesichert. Die CDU Hessen setzt sich dafür ein, daß Forstbetriebe wirtschaftlich gesunden sowie öffentliche Auflagen und Restriktionen abgebaut werden. Wald darf nicht zum Zuschußbetrieb verkommen. Ein Wald, der nichts wert ist und keine Wertschöpfung ermöglicht, hat auch keine Akzeptanz bei der Bevölkerung. Die Finanzkraft der Forstbetriebe muß deshalb gestärkt und das Ziel der nachhaltigen Holzproduktion stärker als bisher in den Vordergrund gestellt werden. Nachhaltig und naturnah betriebene multifunktionale Forstwirtschaft ist ein Beitrag zum Naturschutz und wird in diesem Sinne als ordnungsgemäß betrachtet.

### **Weinbau in Hessen**

Der Rheingau und die Hessische Bergstraße sind Landschaften, die vom Weinbau nachhaltig geprägt werden. Ein weiterer Rückzug des Weinbaus würde die Eigenart und den Reiz dieser Landschaften negativ beeinträchtigen.

Ziel der hessischen CDU ist es, eine Betriebsstruktur zu unterstützen und zu fördern, die trotz massiven wirtschaftlichen Drucks aus Brüssel dem Weinbau auch für die nachfolgenden Generationen eine wirtschaftlich sinnvolle Perspektive eröffnet. Eine CDU-geführte Landesregierung wird vermeidbare bürokratische Belastungen von den Betrieben fernhalten, die Abwasserproblematik für die Betriebe entschärfen und die Infrastruktur verbessern, die zu einer Erhöhung des Direktvermarktungsanteils benötigt wird. Die CDU lehnt die Pläne zur Novellierung der Grundweinmarktordnung genauso wie das Kontrollzeichen und weitere Eingriffe in die Weinerzeugung ab.

## 10. Hessen gewinnt durch Europa

Die Integration Europas schreitet weiter voran. Hessen gewinnt durch Europa — nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Größe des innereuropäischen Handels, die Verkehrsströme zwischen den EU-Ländern und die immer enger werdenden Beziehungen zwischen den Menschen tragen auch dazu bei, daß Hessen ein weltoffenes, aufgeschlossenes und modernes Land ist. In Zukunft wird es auch in der Landespolitik immer mehr darum gehen, die europäischen Dimensionen jeder Entscheidung von Anfang an zu berücksichtigen.

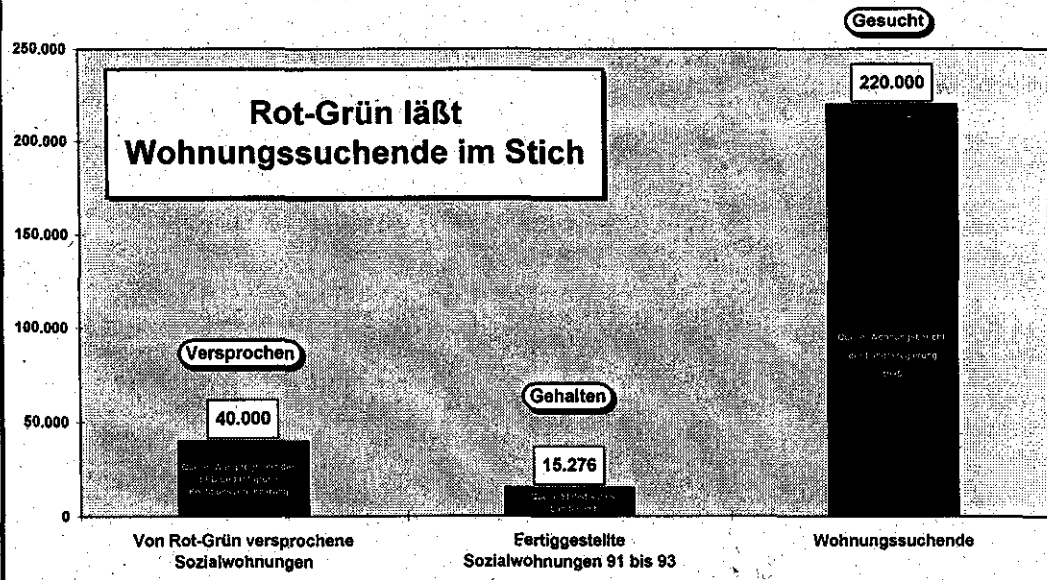
Wir werden deshalb

- die Interessenwahrnehmung Hessens in Europa konsequent verbessern. Dazu gehört die verstärkte Einbindung des hessischen Europabüros in landespolitische Entscheidungen genauso wie die verstärkte Wahrnehmung hessischer Interessen im neu eingerichteten Europäischen Ausschuß der Regionen, in dem Hessen Sitz und Stimme hat.
- bei der Formulierung nationaler Positionen hessische Interessen über den Bundesrat verstärken. Wir werden auch hier die Blockadepolitik der rot-grünen Landesregierung beenden, um durch konstruktive Mitarbeit im Bundesrat Hessen voranzubringen.

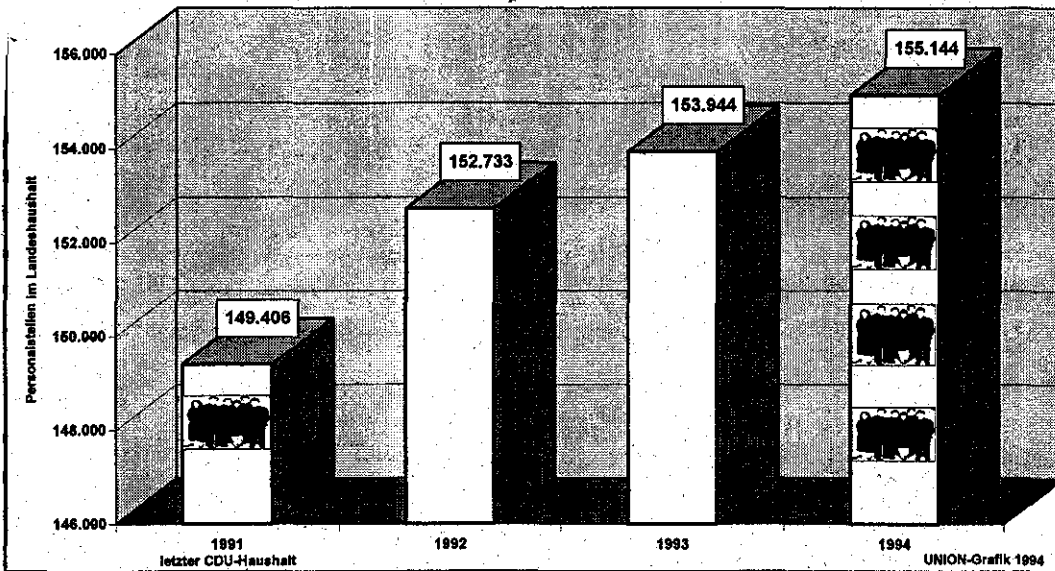
Es geht auch darum, die vorhandene hessische Infrastruktur noch fester in die jetzt entstehenden europäischen Netze, sei es des Verkehrs, des Datenaustauschs, der Ausbildung oder der öffentlichen und privaten Forschungsinstitutionen, einzubinden. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß Hessen seine großen Chancen wieder nutzen kann.



### Wohnungsbau - zwischen Anspruch und Wirklichkeit



### Personal-Aufblähung trotz leerer Kassen



### Gesamtverschuldung Hessens unter Eichel 35 Prozent mehr Schulden bei Rot-Grün

